





 Hessisches Ministerium der Justiz
und für den Rechtsstaat
 Landespräventionsrat



 16. Bericht
 Sachverständigenkommission
 für Kriminalprävention
der Hessischen Landesregierung
 (Landespräventionsrat)



April 2026



Mitglieder der Sachverständigenkommission der Hessischen Landesregierung

Inhaltsverzeichnis

A. Landespräventionsrat.....	4
BERICHT.....	6
1. Unterstützung der örtlichen Präventionsgremien sowie gemeinsame Veranstaltungen	7
2. Bemühungen zur bundesweiten Implementierung des Gedankens der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention	56
3. Beratung der Hessischen Landesregierung	59
4. Botschafter	61
5. Internet.....	62
B. ARBEITSGRUPPE „GEWALT UND MINDERHEITEN“	63
Liste der Mitglieder:.....	63
C. Arbeitsgruppe „GEWALT IM HÄUSLICHEN BEREICH“.....	67
Liste der Mitglieder	67
D. Arbeitsgruppe „PRÄVENTION FÜR ÄLTERE MENSCHEN“	69
E. Arbeitsgruppe „JUGENDKRIMINALITÄT“	70
Liste der Mitglieder	70
F. Arbeitsgruppe „GEWALT IM ÖFFENTLICHEN RAUM BEI KINDERN UND JUGENDLICHEN“	72
Liste der Mitglieder	72
G. Arbeitsgruppe „KINDERSCHUTZ“	78
Liste der Mitglieder	78
H. Arbeitsgruppe „SPORT UND PRÄVENTION“	80
Liste der Mitglieder	80
I. Arbeitsgruppe „SUCHTPRÄVENTION“	84
Liste der Mitglieder	84
J. Arbeitsgruppe „EHRGEWALT – PRÄVENTION VON GEWALT IN PATRIARCHALISCHEN STRUKTUREN“ .	86
Impressum.....	88

A. Landespräventionsrat

Liste der Mitglieder der Sachverständigenkommission

Vorsitzende:	Frau Christina Kreis
Stellv. Vorsitzende:	Prof. Dr. Britta Bannenberg
Ehrevorsitzender:	Prof. Dr. Dieter Rössner († 16. April 2025)
Geschäftsführer:	Markus Wörsdörfer

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder und Vorsitzenden der Arbeitsgruppen

Prof. Dr. Bartels , Marco Baz	Universitätsklinikum Frankfurt
Bischoff , Sandra	Landesmedienanstalt Hessen (bis September)
Prof. Dr. Dr. Brettel , Hauke	Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
Prof. Dr. Brückner , Margrit	Frankfurt University of Applied Science
Coridaß , Constanze	Bischöfliches Ordinariat Mainz
Prof. Dr. Dackweiler , Regina-Maria	Hochschule RheinMain (bis Februar 2024)
Eigenbrodt , Swen	Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz
Prof. Elsuni , Sarah	Frankfurt University of Applied Science (Dezember 2023 bis August 2024)
Prof. Dr. Erdemir , Murad	Direktor der Medienanstalt Hessen (seit Oktober 2025)
Eryilmaz , Hüsamettin	Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) (seit Januar 2024)
Gage-Lindner , Nancy	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (bis November 2024)
Dr. Gutmark , Jakob	Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen
Dr. Jäger , Helga	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung
Dr. Jeck , Stephan	Hessisches Kultusministerium
Klein , Christine	Hessischer Städte- und Gemeindebund
Knecht , Miriam	Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales (seit Juni 2025)
Dr. Liesching , Patrick	Weißer Ring e.V. Landesbüro Hessen
Lipsch , Andreas	Interkultureller Beauftragter der EKHN
Mundschenk , Bernhard	Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern (arge) (bis April 2025)
Paschek , Felix	Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (seit September 2025)
Passialis , Konstantinos	Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Offenbach a. M.

Reckewell, Kerstin	Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Darmstadt
Prof. Dr. habil. Ritter, Martina	Hochschule Fulda (seit Juni 2024)
Röhrig, Andreas	Präsident des Hessischen Landeskriminalamtes
Rosengarten, Wolfgang	Referatsleiter des Präventions- und Suchtreferats a.D. im Hessischen Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege (seit Juli 2025)
Schäfer, Robert	Landespolizeipräsident (bis Mai 2025)
Schelzke, Karl-Christian	Geschäftsführer der kommunalen Wahlbeamten in Hessen
Schmidt, Konstanze	Netzwerk gegen Gewalt (bis April 2025)
Dr. von Schnurbein, Vladimir	Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände
Prof. Dr. Schrader, Kathrin	Frankfurt University of Applied Science (Dezember 2023 bis August 2024)
Dr. Steffans, Dagmar	Handwerkskammer Wiesbaden (seit Mai 2025)
Steidl, Christina	Industrie- und Handelskammer Wiesbaden
Dr. Teuter, Leo	Rechtsanwalt, Landessportbund Hessen e.V. (bis April 2025)
Tolksdorf, Klaus Jürgen	Hessischer Jugendring, Landessportbund Hessen (bis August 2025)
Walter, Nina	Landesärztekammer Hessen
Dr. Wingenfeld, Heiko	Oberbürgermeister der Stadt Fulda
Zinke, Susanne	Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendhilfen Hessen

○ BERICHT

Der vorliegende 16. Bericht stellt die vielfältige Präventionsarbeit der Sachverständigenkommission der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat Hessen) dar und dokumentiert die Aktivitäten in den Jahren 2024 und 2025.

Der Landespräventionsrat Hessen (LPR) begreift Kriminalitätsverhütung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur durch eine enge, abgestimmte Zusammenarbeit aller mit der Verhütung von Straftaten befassten Akteurinnen und Akteure erfolgreich umgesetzt werden kann.

In den Feldern der Kriminalprävention werden kriminalpräventive Maßnahmen in Hessen nicht nur dort ergriffen, wo es bereits zu einer Straftat gekommen ist (indizierte Kriminalprävention – tertiäre Prävention). Maßnahmen können auch bei Personen (potenzielle Täterinnen und Täter oder potenzielle Opfer) oder Orten ansetzen, die ein erhöhtes Risiko für Straftaten aufweisen (selektive Kriminalprävention – sekundäre Prävention). Darüber hinaus kommen auch Maßnahmen in Betracht, die sich unterschiedslos an alle richten, indem sie z. B. die Öffentlichkeit über Gefahren informieren (universelle Kriminalprävention – primäre Prävention).

Kriminalprävention kann daher verstanden werden als die Summe aller staatlichen und nichtstaatlichen Maßnahmen, die auf die Verhinderung bzw. Reduktion von Straftaten abzielen.

Die Arbeit des Landespräventionsrates setzt schwerpunktmäßig in der Primärprävention an, die Sachverständigenkommission fungiert dabei insbesondere als Impulsgeber und Unterstützer der kommunalen Präventionsarbeit. Mithilfe der Geschäftsstelle sowie durch die Moderation des Hessischen Ministeriums der Justiz sollen Vernetzung, fachlicher Austausch und die Entwicklung gemeinsamer Strategien gefördert werden.

Träger und Motor der Präventionsarbeit sind die Akteurinnen und Akteure in den derzeit acht Arbeitsgruppen, in denen praxisnahe Konzepte erarbeitet und weiterentwickelt werden.

Ziel der Präventionsarbeit in Hessen ist es, durch lokale Vernetzung von Ordnungspartnern, Institutionen und Bürgerschaft Kriminalität, Gewalt und Radikalisierung frühzeitig entgegenzuwirken. Zentrale Anliegen sind dabei die Förderung von Sicherheit, die Stärkung individueller und gesellschaftlicher Resilienz, Prävention durch soziale Arbeit sowie die nachhaltige Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls aller Bürger.

Als Drehscheibe der Prävention bündelt der Landespräventionsrat Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis, berät Politik und Fachpraxis, fördert Projekte und trägt dazu bei, dass Präventionsansätze frühzeitig vernetzt, wirksam und nachhaltig umgesetzt werden.

Der Landespräventionsrat Hessen musste im Jahr 2025 traurigerweise Abschied nehmen von unserem Ehrenvorsitzenden Prof. Dr. Dieter Rössner, der am 16. April 2025 unerwartet verstorben ist. Sein Tod bedeutet einen großen Verlust für die Kriminologie, das Strafrecht und die Kriminalprävention in Hessen und darüber hinaus. Prof. Dr. Rössner war ein leidenschaftlicher Kriminologe und Strafrechtler, der sich mit großem Engagement für ein humanes und gerechtes Strafrecht einsetzte. Besonders am Herzen lagen ihm die Stärkung der Opferrechte sowie der Täter-Opfer-Ausgleich und die Idee einer menschlichen

Wiedergutmachung. Er war überzeugt, dass konstruktive Reaktionen auf Straftaten nachhaltiger wirken können als reine Strafverschärfungen.

Als Vorsitzender des Hessischen Landespräventionsrates von 2004 bis 2018 hat Prof. Dr. Rössner die Präventionsarbeit in Hessen maßgeblich geprägt. Auch darüber hinaus setzte er bundesweit wichtige Impulse, insbesondere für die evidenzbasierte Kriminalprävention und die Bedeutung der Wirkungsforschung. Sein Denken war stets von dem Anspruch getragen, Wissenschaft und Praxis eng miteinander zu verbinden.

Mit Prof. Dr. Dieter Rössner verlieren wir einen herausragenden Wissenschaftler, einen klugen Vordenker und einen engagierten Mitstreiter für eine menschlichere Gesellschaft. Wir sind dankbar für seine langjährige Unterstützung und die gemeinsame Arbeit.

Die Sachverständigenkommission hat im Berichtszeitraum ihre Bemühungen, die Idee der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention weiter zu verbreiten und umzusetzen, kontinuierlich in fünf Richtungen fortgesetzt:

○ 1. Unterstützung der örtlichen Präventionsgremien sowie gemeinsame Veranstaltungen

Der Landespräventionsrat widmete sich im Berichtszeitraum insbesondere der kommunalen Kriminalprävention und unterstützte diese. Die Kommunale Kriminalprävention wird getragen durch die Expertinnen und Experten in den lokalen Präventionsräten als einem zentralen Baustein für Sicherheit und Zusammenhalt vor Ort. Sie setzt dort an, wo gesellschaftliche Entwicklungen unmittelbar wirken: im Wohnquartier, in Schulen, Vereinen und öffentlichen Räumen. Durch die enge Zusammenarbeit kommunaler Akteure können Risiken frühzeitig erkannt und wirksam reduziert werden. Im Rahmen der Kooperation von Verwaltung, Politik, Polizei, sozialen Einrichtungen und Zivilgesellschaft können entsprechend der lokalen Bedarfe Maßnahmen gezielt entwickelt und nachhaltig umgesetzt werden. Die besondere Stärke der kommunalen Kriminalprävention liegt also in ihrer lokalen Verankerung und der Möglichkeit, flexibel auf veränderte Herausforderungen zu reagieren.

In erster Linie wurden weiterhin die lokalen Präventionsräte unterstützt. Die Arbeitsgruppen suchten immer wieder den Kontakt zu örtlichen Präventionsgremien und machten sich entweder ein Bild vor Ort oder ließen sich im Rahmen der Sitzungen von örtlichen Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern über deren Arbeit informieren.

Besondere Bedeutung und Tradition hat das jährliche Treffen mit den kommunalen Präventionsgremien, das sich als feste Organisationsform etabliert hat. Insgesamt hat sich damit die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich Präventionspolitik in erster Linie an den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort zu orientieren hat und damit grundsätzlich gemeindenah, lokal, dezentral und unter Beteiligung der Bevölkerung, insbesondere der Vereine, sowie unter Mobilisierung und Integration der behördlichen Kräfte geschehen muss.

Das Treffen der örtlichen Präventionsgremien und des Landespräventionsrates fand im Jahr 2024 am Freitag, den 1. November 2024 um 10.00 Uhr im Brockenhaus Hanau statt. Ein. Das in Absprache mit der Stadt Hanau erstellte Programm widmete sich dem Thema "Städtebauliche Prävention / urbane Sicherheit". Den Auftakt bildete eine wissenschaftliche Perspektive zu Aspekten der städtebaulichen

Kriminalprävention aus kriminologischer Sicht, mit besonderem Fokus auf die Bedeutung des subjektiven Sicherheitsgefühls für die kommunale Präventionsarbeit. Dabei wurden zentrale Ansatzpunkte sowie konkrete Umsetzungsmöglichkeiten für Kommunen aufgezeigt. Im Anschluss standen Praxisbeispiele im Mittelpunkt, die verdeutlichten, wie theoretische Erkenntnisse erfolgreich in die kommunale Arbeit übertragen werden können.“

Der Landespräventionsrat hat im Jahr 2025 die erfolgreichen KOMPASS-Dialogtage im Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (HMdI) und im Polizeipräsidium Osthessen aktiv im Rahmen einer Themeninsel unterstützt. Bei dieser Veranstaltungsreihe unter dem Motto „Demokratiestärkung“ waren Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von zahlreichen hessischen Kommunen vertreten. Bei den Veranstaltungen gab es spannende Vorträge und Podiumsdiskussionen – die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten auch die Möglichkeit, Themeninseln zu besuchen und aktiv mitzuwirken (<https://innen.hessen.de/sicherheit/kompass/kompass-dialogtage-2025>).

Der Hessische Präventionspreis konnte im Jahre 2025 zum vierzehnten Mal vergeben werden. Dankenswerterweise hat die Sparda-Bank Hessen eG als Sponsor die Stiftung des Preises ein weiteres Mal übernommen. Die Preisverleihung fand am 10. Juni 2025 im Historischen Saal des Justizministeriums in Wiesbaden statt. Mit dem erstmals am 17. Februar 1997 in Wiesbaden ausgeschriebenen Hessischen Präventionspreis sollen kriminalpräventive Projekte in Hessen unterstützt werden, die Vorbildfunktion besitzen und von Präventionsgremien zur Bewältigung bei übereinstimmenden Problemlagen übernommen werden können. 2025 haben sich insgesamt 26 Projekte an der Ausschreibung beteiligt.

Am 23. Januar 2025 wurde in der Jugendvollzugsanstalt (JVA) Rockenberg das mittlerweile dritte Prof. Dr. Helmut-Fünfsinn-Gedächtnisturnier ausgetragen. Das Turnier, das 2022 erfolgreich Premiere feierte, hat sich in kurzer Zeit zu einer festen Tradition entwickelt und steht ganz im Zeichen von Sport, Prävention und Resozialisierung. Unter den Augen unseres Präventionsbotschafters Sebastian Rode traten Mannschaften aus den Bereichen Gericht, Staatsanwaltschaft, Ministerium, Polizei, Justizvollzug (Bedienstete und Inhaftierte) auch örtliche Fußballvereine sowie erneut eine Mannschaft des TuS Makkabi Frankfurt.

Am 7. April 2025 wurde in Wiesbaden eine wegweisende Kooperationsvereinbarung zwischen der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main und dem Hessischen Fußball-Verband e.V. (HFV) vorgestellt. Die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main und der Hessische Fußball-Verband e.V. schlossen dazu eine Kooperationsvereinbarung zur Kriminalprävention, die unter der Schirmherrschaft von Justizminister Christian Heinz und auf Initiative des Landespräventionsrats Hessen erarbeitet wurde.

Der Landespräventionsrat hat die im Jahr 2024 Challenge #Enkelhelden als Jurymitglied unterstützt.

Die #Enkelhelden-Challenge ist eine Präventionskampagne der hessischen Polizei, die Schülerinnen und Schüler dazu aufruft, kreative Projekte gegen Betrugsmaschen (wie den „Enkeltrick“) zu entwickeln. Ziel ist es, ältere Menschen vor Trickbetrügern zu schützen und das Bewusstsein in der Gesellschaft zu schärfen. Die Preisverleihung des Wettbewerbs „#Enkelhelden“ fand am 2. Oktober 2024 im hessischen Innenministerium in Wiesbaden statt, durchgeführt von Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck. Ausgezeichnet wurden innovative Schülerprojekte zum Schutz von Senioren vor Betrugsmaschen wie dem „Enkeltrick“, wobei 79 Projekte von 25 Schulen eingereicht wurden.

Die Arbeitsgruppe „Gewaltprävention im öffentlichen Raum bei Kindern und Jugendlichen“ des Landespräventionsrats hat im Jahr 2025 den Schülerwettbewerb "Influencerinnen und Influencer für unsere Demokratie gesucht!" durchgeführt. Der Wettbewerb richtete sich an Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10 aller Schulformen in Hessen. Die teilnehmenden Gruppen hatten die Aufgabe, einen maximal 90 Sekunden langen Werbeclip zu entwickeln, der die Bedeutung der Demokratie, unserer Grundrechte und eines respektvollen Miteinanders hervorhebt. Dabei sollten die Jugendlichen reflektieren, wie Demokratie im Schulalltag erlebt wird und wie man mit unterschiedlichen Meinungen respektvoll umgeht. Die Sparda-Bank Hessen eG hat den Schülerwettbewerb unterstützt, indem sie die Preisgelder zur Verfügung gestellt hat. Insgesamt haben 38 Schulen aus ganz Hessen an dem Wettbewerb teilgenommen und rund 100 Werbeclips eingereicht. Bei der Preisverleihung am 5. Dezember 2025 wurden ein erster Platz (3.000 Euro Preisgeld) sowie jeweils zwei zweite (2.000 Euro Preisgeld) und zwei dritte (1.000 Euro Preisgeld) Plätze verliehen.

Zur Förderung der lokalen Präventionsarbeit sind im Einzelnen folgende Veranstaltungen durchgeführt worden:

○ a) Treffen der örtlichen Präventionsgremien und des Landespräventionsrates am 01. November 2024 im Brockenhaus in der Brüder Grimm Stadt Hanau

PROGRAMM

(aufgrund Erkrankung von Frau Rau entfielen die entsprechenden Programmpunkte)

- ab 9:30 Uhr **Ankommen im Brockenhaus Hanau**
- 10.00 Uhr **Begrüßung**
Christina Kreis, Vorsitzende des Landespräventionsrats und Leiterin der Abteilung Strafrecht im Hessischen Ministerium der Justiz
- Grußworte**
Dr. Maximilian Bieri, Bürgermeister der Stadt Hanau
Isabelle Hemsley, Stadträtin der Stadt Hanau
- 10.30 Uhr **Relevanz des Sicherheitsgefühls für die kommunale Kriminalprävention. Ansatzpunkte und Umsetzungsmöglichkeiten**
Dr. Frederik Herden und Tim Pfeiffer, Universität Gießen
- 11.15 Uhr **Vorstellung des Präventionsrates der Stadt Hanau – Organisation und Handlungsfelder**
Andrea Pillmann, Amt für soziale Prävention der Stadt Hanau
- 11.45 Uhr **Städtebauliche Kriminalprävention der Stadt Hanau und KOMPASS**
Thorsten Wünschmann, Leiter Ordnungsamt der Stadt Hanau
- 12.15 Uhr **Ein Blick über den Tellerrand hinaus: DEFUS – das Städtenetzwerk stellt sich vor. Die Rolle der Kommunen bei der Bewältigung der aktuellen Krisen – Aufgaben und Lösungsansätze.**
Anna Rau, Geschäftsführerin des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)
- 12.45 Uhr **Mittagspause**

13.45 Uhr **Gesprächskreise zu den Themen:**

1. DEFUS – Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten für die Akteure der kommunale Kriminalprävention

Anna Rau (DEFUS)

Moderation: **Markus Wörsdörfer** (Geschäftsführer des Landespräventionsrates)

Kurzdarstellung:

Unter dem Dach von DEFUS tauschen sich 20 deutsche Städte zu aktuellen Fragen rund um die Sicherheit im öffentlichen Raum, das friedliche Zusammenleben in vielfältigen Stadtgesellschaften, der urbanen Resilienz und der kommunalen Prävention aus. Nur im engen Miteinander der Städte in Deutschland und Europa ist es möglich, eigene Bedarf adäquat zu formulieren und vom Erfahrungs- und Wissensaustausch zu profitieren, um unsere Städte zu einem lebenswerten Ort für Alle zu machen. Vernetzung hilft den Kommunen vielfach die besten Antworten und Lösungsideen für globale Herausforderungen zu finden, pragmatisch auszuprobieren und umzusetzen. Die Vernetzung der Städte und der gegenseitige Austausch gewinnen vor diesem Hintergrund weiter an Bedeutung.

2. Maßnahmen der städtebaulichen Kriminalprävention und urbane Sicherheit in Hanau

Herr Thorsten Wünschmann (Ordnungsamt Hanau)

Moderation: **Christina Kreis** (Vorsitzende des Landespräventionsrates)

Kurzdarstellung:

In diesem Workshop sollen die lokalen Themen aus Hanau exemplarisch diskutiert werden: Beispiele städtebaulicher Maßnahmen oder Maßnahmen der Videoüberwachung am Freiheitsplatz sowie am Marktplatz und deren Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Übertragbarkeit auf andere hessische Kommunen sollen diskutiert werden.

15.00 Uhr **Abschlussrunde und Verabschiedung im großen Saal**

15.15 Uhr **Ende der Veranstaltung**



SACHVERSTÄNDIGENKOMMISSION
FÜR KRIMINALPRÄVENTION
DER HESSISCHEN LANDESREGIERUNG
(LANDESPRÄVENTIONS RAT)



Am 1. November 2024 fand im Brockenhaus in der Brüder Grimm Stadt Hanau das jährliche Treffen der örtlichen Präventionsgremien mit dem Landespräventionsrat Hessen statt, bei der sich zahlreiche Fachleute und Vertreter aus verschiedenen Bereichen der Sicherheits- und Kriminalprävention zusammenfanden. Im Fokus stand der Austausch über aktuelle Entwicklungen und Ansätze im Bereich der städtebaulichen Kriminalprävention. Frau Kreis begrüßte die Teilnehmenden und betonte in ihrer Ansprache die Bedeutung des Dialogs zwischen den unterschiedlichen Präventionsakteuren und die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Zusammenarbeit im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention. Sie hob hervor, dass Prävention nur dann erfolgreich sein kann, wenn alle relevanten Akteure, von Kommunen über die Polizei und Staatsanwaltschaften bis hin zu sozialen Einrichtungen, zusammenarbeiten und sich aktiv in die Sicherheitsgestaltung vor Ort einbringen. Dieser Aufgabe widmet sich der Landespräventionsrat Hessen seit seiner Gründung vor mehr als 30 Jahren in besonderer Weise.

Sicherheit und Sichtbarkeit – Ein Zusammenspiel im Verbund



Stadträtin der Stadt Hanau, Isabelle Hemsley

Im Anschluss an die Begrüßung richtete die Stadträtin der Stadt Hanau, Frau Hemsley, das Wort an die Teilnehmenden. Sie betonte den Zusammenhang von Sicherheit der Bürger und der Sichtbarkeit der Ordnungskräfte, wie dies in Hanau bereits seit Jahren nach dem Hanauer Modell erfolgreich praktiziert werde. Sicherheit sei also zum einen eine Frage der Präsenz von Polizei oder Sicherheitskräften, und gleichzeitig auch der sozialen Wahrnehmung und des Austauschs zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sowie den institutionellen Akteuren. Ein wichtiger Aspekt, den Frau Hemsley hervorhob, war die Bedeutung von Netzwerken und die Zusammenarbeit unterschiedlicher Partner, um eine nachhaltige und langfristige Sicherheitsarchitektur zu entwickeln. „Sicherheit geht nur im Verbund“, so die Stadträtin, die die Bedeutung von Kooperationen im Rahmen der kommunalen Prävention unterstrich.

Hanau als KOMPASS-Standort und ausgezeichnete kinderfreundliche Kommune



Bürgermeister der Stadt Hanau Dr. Maximilian Bieri

Dr. Maximilian Bieri, Bürgermeister der Stadt Hanau, sprach in seiner Rede über die Rolle der Stadt Hanau als KOMPASS-Standort. Im Jahr 2022 wurde der Stadt Hanau im Rahmen der Sicherheitsinitiative KOMPASS das Sicherheitssiegel des Landes Hessen als Würdigung für das besondere Engagement in der kommunalen Kriminalprävention verliehen. Ziel der Sicherheitsinitiative ist es, durch eine verstärkte Zusammenarbeit kommunaler Partner und der hessischen Polizei für mehr Sicherheit vor Ort zu sorgen. Der Bürgermeister verdeutlichte, dass gerade junge Menschen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der Stadtpolitik spielen. Ein sicheres Umfeld für Kinder und Jugendliche sei von entscheidender Bedeutung für eine stabile Gesellschaft und müsse durch gezielte Maßnahmen in der Stadtplanung sowie durch Angebote der sozialen Arbeit unterstützt werden. Dies sei in Hanau gelungen - Hanau trägt seit dem vergangenen Jahr das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ dauerhaft.

Wissenschaftliche Perspektiven auf Kriminalitätsfurcht und Sicherheitsgefühl



Tim Pfeiffer (l.) und Dr. Frederik Herden von der Justus-Liebig-Universität Gießen

Nach den politischen Eingangsreden folgte ein wissenschaftlicher Blick auf die Themen Kriminalitätsfurcht und Sicherheitsgefühl durch Dr. Herden und Herrn Pfeiffer von der Justus-Liebig-Universität Gießen. Sie präsentierten Forschungsergebnisse und erläuterten, wie unterschiedlich Menschen in verschiedenen sozialen Kontexten auf das Thema Sicherheit reagieren. Ihre Untersuchung zeigte auf, dass das Gefühl der Bedrohung und der wahrgenommenen Unsicherheit in verschiedenen Stadtteilen erheblich variieren kann und eng mit sozialen und städtebaulichen Faktoren verbunden ist. Ebenso hänge die Unsicherheit von vielen individuellen und gesellschaftlichen Faktoren ab. In Umfragen habe sich wiederholt gezeigt, dass Frauen und ältere Menschen stärker zu Unsicherheit neigen bzw. Unsicherheit eher äußern. Paradoxerweise würde diese Personengruppen in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) weniger häufig als Opfer registriert (sog. „Kriminalitätsfurchtparadoxon“). Herr Dr. Herden und Herr Pfeiffer stellten ebenso erste Ergebnisse ihrer aktuellen, randomisierten Kontrollstudie zum Einfluss von Polizeipräsenz auf das Sicherheitsgefühl und die polizeilich registrierte Kriminalitätslage dar.

Städtebauliche Kriminalprävention: „Gestalten und Schützen“



Leiter des Ordnungsamtes der Stadt Hanau Thorsten Wünschmann

Herr Wünschmann, Leiter des Ordnungsamtes der Stadt Hanau, nahm in seiner anschließenden Präsentation die Vorschläge der Wissenschaftler auf und stellte die konkreten Maßnahmen der Stadt Hanau im Rahmen der städtebaulichen Kriminalprävention vor. Unter dem Motto „Gestalten und Schützen“ werden in Hanau seit Jahren städtebauliche Projekte umgesetzt, die sowohl präventiv als auch schützend wirken. Die Verbesserung der Beleuchtung dort, wo Angsträume identifiziert werden sowie verstärkte Präsenz der Ordnungskräfte und Kontrolle durch den Einsatz von Videoschutzanlagen sollen dazu beitragen das Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken und gleichzeitig potenziellen Straftätern signalisieren, dass kriminelle Handlungen weniger unbemerkt bleiben können. Herr Wünschmann dokumentiert diese positive Entwicklung unter anderem mit der Umgestaltung von problematischen Plätzen wie dem Gelände an der Wallonisch-Niederländische Gemeinde zu einem gut beleuchteten, offenen und transparenten Raum. „Wir gestalten die Stadt so, dass sie sicherer wird, und schützen die Bürger vor potenziellen Gefährdungen“, erklärte Leiter des Ordnungsamtes. Dabei sei es entscheidend, dass die Maßnahmen nicht isoliert, sondern in einem umfassenden Netzwerk von Akteuren und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger entwickelt werden. Damit betonte er die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger aus der eine gemeinsame Verantwortung für das Gemeinwesen entstehen könne.

Partizipation und Zusammenarbeit als Schlüssel zum Erfolg



Abschlussrunde mit Thorsten Wünschmann und Christina Kreis

Die Tagung fand ihren Abschluss mit einer regen Aussprache unter den Teilnehmenden. Ein zentrales Thema, das immer wieder angesprochen wurde, war die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. Nur wenn die Menschen vor Ort in die Sicherheitsmaßnahmen und die Planung von Präventionsprojekten einbezogen werden, könne eine nachhaltige Veränderung erzielt werden. Dies unterstrichen sowohl die Vertreter der Kommunen als auch die wissenschaftlichen Fachleute. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Erkenntnis, dass städtebauliche Kriminalprävention nur dann erfolgreich ist, wenn sie auf einer gründlichen Analyse der Vor-Ort-Bedingungen basiert und stets im Verbund mit allen Beteiligten durchgeführt wird. Diese Erkenntnis bildet die Grundlage für künftige Maßnahmen, die über die bloße Prävention von Kriminalität hinausgehen und zu einer stärkeren und sichereren Gemeinschaft führen sollen.

Die Fachtagung zeigte einmal mehr, dass der Schlüssel zu einer sicheren und lebenswerten Stadt in der aktiven Zusammenarbeit aller relevanten Akteure – vom wissenschaftlichen Bereich über die Verwaltung bis hin zu den Bürgern – liegt. Nur gemeinsam können nachhaltige Lösungen für mehr Sicherheit und ein stärkeres Sicherheitsgefühl entwickelt werden.

b) Projekt „Schule des Respekts“ bei Sprungbrett e.V. Hanau – Besuch des Präventionsbotschafters Sebastian Rode am 13. Mai 2024

Am 13. Mai 2024 besuchte der Präventionsbotschafter des Landespräventionsrates Sebastian Rode die Einrichtung Sprungbrett e.V. in Hanau. Der Verein bietet im Rahmen der Jugendhilfe im Strafverfahren einen Sozialen Trainingskurs (STK) und ein Soziales Kompetenztraining (SKT - Schule des Respekts) an.



Das durch das Hessische Justizministerium geförderte Projekt „Schule des Respekts“ wurde als frühzeitige und kriminalpräventive Interventionsform speziell für die Jugendlichen entwickelt, die erstmals mit einer Straftat im Bereich Gewalt auffallen. Sie sollen in einer Gruppe mit Gleichaltrigen lernen, ihre Handlungsweisen zu reflektieren und alternative Handlungsformen einzuüben. Ziel ist es, dass die in der „Schule des Respekts“ erworbenen Werte und Normen verinnerlicht und im täglichen Leben angewendet werden. Damit unterscheidet sich dieses Konzept von der bisherigen Praxis des Sozialen Trainingskurses, indem frühzeitiger interveniert wird, um einer möglichen kriminellen Karriere vorzubeugen. Das soziale Kompetenztraining richtet sich als Diversionauflage im Jugendstrafverfahren an Jugendliche und Heranwachsende, die insbesondere durch leichte und mittelschwere Straftaten aufgefallen sind. Sie sollen eine zweite Chance erhalten und das Projekt soll helfen, kriminelle Karrieren erst gar nicht entstehen zu lassen.

Das Konzept des Vereins Sprungbrett e.V. beinhaltet einen sportpädagogischen Schwerpunkt. Im Gespräch mit Sebastian Rode konnten sich die Jugendlichen anhand von im Vorfeld vorbereiteten Fragen über die Themen Fairplay, Teamgeist, Foul, Verletzungen, Miss(-erfolge), Ersatzbank etc. auseinandersetzen.



Der Profifußballer machte dabei deutlich, dass Sport und Respekt untrennbar zusammengehören und Fußball die einzigartige Fähigkeit hat, Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Religion zu vereinen. Fußball trägt als Mannschaftssport dazu bei, Werte wie Teamgeist, Fairness und Zusammenhalt zu fördern und diese Werte auch in die Gesellschaft bzw. in die eigene Lebenswelt zu transportieren. Auf dem Spielfeld zähle einzig und allein das Talent, der Teamgeist und das respektvolle Miteinander. Es sei ein Ort, an dem wir Unterschiede feiern und voneinander lernen können.

c) Fußballturnier in der JVA Rockenberg am 23. Januar 2025

Am 23. Januar 2025 wurde in der Jugendvollzugsanstalt (JVA) Rockenberg das mittlerweile dritte Prof. Dr. Helmut-Fünfsinn-Gedächtnisturnier ausgetragen. Das Turnier, das 2022 erfolgreich Premiere feierte, hat sich in kurzer Zeit zu einer festen Tradition entwickelt und steht ganz im Zeichen von Sport, Prävention und Resozialisierung.

Das Fußballturnier ist dem im Jahr 2022 verstorbenen ehemaligen Generalstaatsanwalt und Vorsitzenden des Landespräventionsrates Professor Dr. Helmut Fünfsinn gewidmet, der sich für diesen Ballsport in der hessischen Justiz engagierte. Als aktiver Fußballer war er von der präventiven, resozialisierenden Wirkung der Sportart überzeugt. Es traten Mannschaften der Gerichte, Staatsanwaltschaften, des Justizvollzugs, des Ministeriums und der Polizei gegen Mannschaften der Gefangenen an. Als Kooperationspartner der JVA zur Resozialisierung junger Strafgefangener nahmen mit der SG Melbach erneut ein lokaler Sportverein am Turnier in der JVA Rockenberg teil. Die Mannschaft der Polizei Mittelhessen konnte in einem spannenden Finale den Wanderpokal in Empfang nehmen.

Das Turnier wurde von unserem Präventionsbotschafter Sebastian Rode aktiv begleitet. Der ehemalige Kapitän von Eintracht Frankfurt hat das Eröffnungsspiel des Turniers als Schiedsrichter geleitet und betonte die Bedeutung von Werten wie Fairplay und Teamgeist, die sowohl im Profisport als auch für die Wiedereingliederung der inhaftierten Jugendlichen essenziell sind.



○ d) Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zur Kriminalprävention im Fußball am 7. April 2025

Am 7. April 2025 wurde in Wiesbaden eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main und dem Hessischen Fußball-Verband e.V. (HFV) vorgestellt, die sich ganz der Kriminalprävention im Fußball widmet. Die Vereinbarung steht unter der Schirmherrschaft von Justizminister Christian Heinz. Diese Initiative wurde vom Landespräventionsrat Hessen (LPR) ins Leben gerufen und zielt darauf ab, ein sicheres Umfeld für alle Beteiligten im Fußball zu schaffen. Die Kooperationsvereinbarung nimmt insbesondere Vorfälle in den Blick, die aufgrund ihrer Erheblichkeit in die Zuständigkeit des HFV-Sportgerichts fallen, insbesondere solche von Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Gewalthandlungen gegen Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter im Kontext von Fußballspielen. Diese Fälle werden künftig im Rahmen eines abgestimmten Meldeverfahrens durch den Hessischen Fußball-Verband e.V. an die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main gemeldet, die nach einer ersten Prüfung und Bewertung die jeweils örtlich zuständige Staatsanwaltschaft über die Sachverhalte verständigt. Der Koordinator der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main für fußballtypische Straftaten wird dem Hessischen Fußball-Verband e.V. darüber hinaus als Ansprechpartner zur Seite stehen.



v.l.n.r.: Tobias Welz, Dr. Axel Poth, Prof. Dr. Silke Sinning, Generalstaatsanwalt Torsten Kunze, Justizminister Christian Heinz, Christina Kreis, Sebastian Rode

Auch die Antisemitismusbeauftragte der Hessischen Justiz und Vorsitzende des Landespräventionsrates, Christina Kreis, sowie der Botschafter des Landespräventionsrates und ehemalige Frankfurter Bundesligaprofi Sebastian Rode sowie Bundesligaschiedsrichter Tobias Welz (FC Bierstadt) waren dabei. Rode und Welz – der Wiesbadener ist beruflich im Polizeidienst verankert – werden als Paten die mit der Kooperation verbundenen Anliegen nach außen vertreten. Als Präventionsbotschafter setzt sich Sebastian Rode dafür ein, dass die Sicherheit von Schiedsrichtern und Spielern in den Mittelpunkt rückt. Rode appellierte, dass "die Regeln auf dem Spielfeld eingehalten werden. Es geht nicht um die

Weltmeisterschaft, sondern um den Spaß am Spiel." Schiedsrichter sind das Rückgrat eines fairen Spiels und verdienen unseren Schutz und Respekt.

In der Spielzeit 2023/24 wurden in Hessen knapp 600 Fälle von Gewalt oder Diskriminierung festgehalten, was bedeutet, dass etwa 0,5 Prozent aller Spiele betroffen sind. Ziel ist es, ein Klima des Respekts und der Fairness zu fördern, in dem Gewalt und Straftaten keinen Platz haben. Dem LPR ist es ein besonderes Anliegen das Bewusstsein für rechtliche Fragestellungen und die Bedeutung von Prävention im Sport schärfen. Die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main wird eng mit dem Hessischen Fußball-Verband e.V. zusammenarbeiten, um konkrete Projekte zur Gewaltprävention im Fußball zu initiieren. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, ein sicheres und respektvolles Miteinander auf und neben dem Platz zu gewährleisten.

Der Landespräventionsrat Hessen ist überzeugt, dass diese Initiative einen wertvollen Beitrag zur Kriminalprävention leistet und wird die Umsetzung dieser Vereinbarung weiterhin aktiv unterstützen.

e) Vergabe des 14. Hessischen Präventionspreis am 10. Juni 2025, ausgerichtet in Zusammenarbeit mit der Sparda-Bank eG

Der Hessische Präventionspreis wurde erstmals am 17. Februar 1997 in Wiesbaden verliehen – etwas mehr als vier Jahre nach der Gründung der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat) am 27. Oktober 1992. Mit dem Preis sollen kriminalpräventive Projekte in Hessen unterstützt werden, die Vorbildfunktion besitzen und von Präventionsgremien zur Bewältigung bei übereinstimmenden Problemlagen übernommen werden können. Für den alle zwei Jahre zu vergebenden Preis haben sich bislang unterschiedliche Stifter gefunden, die so die Präventionsarbeit unterstützen wollen. In diesem Jahr hat die Sparda-Bank Hessen eG - bereits zum fünften Mal in Folge - ein Preisgeld zur Verfügung gestellt. Dieses wurde bereits bei der Verleihung des 13. Präventionspreises 2023 um 4.000 Euro auf insgesamt 10.000 Euro erhöht und stand auch 2025 in gleicher Höhe zur Verfügung.

In der Vergangenheit konnte insbesondere durch die öffentliche Vergabe des Präventionspreises eine Aufmerksamkeit für die sinnvollen Projekte, aber auch für die vorbildliche ehrenamtliche Tätigkeit vieler Projektträger erreicht werden. Aus diesem Grund wurde auch immer versucht, das Preisgeld auf mehrere Projekte zu verteilen, um auf diese Weise sowohl die Breite des präventiven Handelns als auch die vielfältige ehrenamtliche Tätigkeit aufzeigen zu können.

AUSSCHREIBUNG:

Vergabe des 14. Hessischen Präventionspreises

Die Sparda-Bank Hessen eG hat zur Förderung der lokalen Präventionsarbeit einen Preis in Höhe von 10.000 Euro gestiftet und damit ermöglicht, dass am 10. Juni 2025 der 14. Hessische Präventionspreis vergeben werden kann.

Ziel des Wettbewerbs

Mit diesem Preis sollen kriminalpräventive Projekte in Hessen unterstützt werden, die Vorbildfunktion besitzen und von Präventionsgremien zur Problembewältigung übernommen werden können. Aus diesem Grunde sollten sich die Projekte im Durchführungsstadium befinden, so dass neben der Beschreibung der zugrunde liegenden Konzeption auch schon auf Erfahrungen und Ergebnisse verwiesen werden kann.

Wer kann sich bewerben?

Eingeladen sind alle Institutionen, die präventive Projekte in den Handlungsfeldern Familie, Kindertagesstätte, Schule, Betrieb, Kommune, Jugendarbeit und Verein innovativ umsetzen. Zielgruppen können beispielsweise sein:

- Kinder, Jugendliche, Erwachsene
- Multiplikatoren, wie z.B. Erzieher/innen, Lehrkräfte, Jugendleiter/innen
- Kommunen, die die Umsetzung der Maßnahmen vor Ort unterstützen
- Familienbildungsstätten
- Institutionen und Betriebe

In der Prävention wird mit unterschiedlichen Methoden gearbeitet, d.h. die Beiträge können auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen:

- Reduzierung von Risikofaktoren
- Lebenskompetenzförderung, Stärkung der protektiven Faktoren
- Fort- und Weiterbildung von Multiplikatoren
- Vernetzung und Kooperation der Institutionen, um konkrete Maßnahmen umzusetzen
- Informationsvermittlung
- Öffentlichkeitsarbeit

Bewertungskriterien für die Wettbewerbsbeiträge

Da kaum alle Zielgruppen und Multiplikatoren im Arbeitsfeld der Prävention erreicht werden können, hat die Initiierung von Modellprojekten, die exemplarisch und kreativ die vielfältigen Möglichkeiten von Prävention zur Nachahmung aufzeigen, Vorrang. Gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention mit umfassender Zielsetzung ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Es soll daher versucht werden, verstärkt Kooperationsmodelle in den Handlungsfeldern Familie, Kindertagesstätte, Schule, Betrieb, Kommune, Jugendarbeit und Verein trägerübergreifend anzuregen.

Kein Muss – aber erwünscht: Evaluierte Wettbewerbsbeiträge

Besonderes Interesse finden präventive Maßnahmen und Projekte, die

- eine Evaluation durchführen, mit Bestandsaufnahme und detaillierter Zielbestimmung zur Überprüfung der Maßnahme und deren Ziel (Wirksamkeit)
- innovativ und kreativ neue Wege beschreiten

Wer beurteilt die eingereichten Beiträge?

Eine Kommission, die sich aus Mitarbeitern der Sparda-Bank Hessen eG und dem Arbeitsausschuss der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention zusammensetzt, wird über die Vergabe des Präventionspreises entscheiden.

Dieser Wettbewerb kennt keine Verlierer! Denn alle Teilnehmer/innen gewinnen schon dadurch, dass ihre Projekte der Öffentlichkeit vorgestellt werden und sie zum Erfahrungsaustausch beitragen.

Prämierung

Die Preisverleihung mit Vorstellung der besten Projekte findet nun am **10. Juni 2025 um 14:00 Uhr** statt. Über die Verteilung des Preisgeldes entscheidet die Jury; es muss der kriminalpräventiven Arbeit vor Ort zugutekommen. Alle prämierten Maßnahmen erhalten eine Urkunde.

Bewerbung

Zur Anmeldung ist ein Bewerbungsbogen vorgesehen, der Ihnen ausreichend Raum gibt, Ihren Beitrag vorzustellen. Zudem enthält er Fragen, die für die Bewertung der Wettbewerbsbeiträge von Bedeutung sind. Senden Sie Ihren Beitrag per Post oder Mail an die

Geschäftsstelle des Landespräventionsrates

Telefon: (0611) 32-142709

Telefax: (0611) 327142619

E-Mail: landespraeventionsrat@hmdj.hessen.de

Luisenstraße 13

65185 Wiesbaden

Die bereits eingegangenen Bewerbungen werden selbstverständlich berücksichtigt und müssen nicht erneut eingereicht werden.

Bewerbungsschluss ist der 30. April 2025

Viel Erfolg!

Dem hessischen Sozialministerium ist für die Kooperation bei der Erstellung des Bewerbungsbogens, der an den hessenweiten Wettbewerb „Suchtprävention - Der Impuls“ angelehnt ist, zu danken.

An der Ausschreibung des 14. Präventionspreises haben sich insgesamt 26 Projekte aus den unterschiedlichen Feldern der Gewalt- und Kriminalprävention beteiligt. Die Zusammenfassung der unterschiedlichen Bewerberprojekte sind dem Jahresbericht beigelegt. In der Jurysitzung am 12. Mai 2025 wurden aus den eingereichten Bewerbungen insgesamt vier Organisationen für ihre beeindruckende Projektarbeit ausgezeichnet, eine weitere erhielt eine besondere Anerkennung. Die Auswahl berücksichtigt drei umfassende und aktuelle Präventionsfelder (Rassismus -und Antisemitismusprävention; Prävention „Digitale Gewalt inkl. Mobbing“; Prävention „Häusliche Gewalt“). Die Preisverleihung fand am 10. Juni 2025 im Historischen Saal des Hessischen Ministeriums der Justiz statt.

Sachverständigenkommission für Kriminalprävention
der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat)



**Vergabe des 14. Hessischen Präventionspreises
am 10. Juni 2025 um 14.00 Uhr im Historischen Saal des
Hessischen Ministeriums der Justiz und für den Rechtsstaat**

Begrüßung mit Musik: **KAMEL**
Kammermusikensemble Laubenheim

Grußworte: **Staatsminister Christian Heinz**
Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat

Michael Weidmann
Stellvertretender Vorstandsvorsitzender
der Sparda-Bank Hessen eG

Christina Kreis
Vorsitzende des Landespräventionsrates

Musik: **KAMEL**

Vorstellung der Preisträger

- **Anerkennungspreis**
„Love always wins! – Ein Projekt zur Förderung von Medienkompetenz und zur Bekämpfung von Cybermobbing“
Polizeipräsidium Nordhessen, Kassel & Love always wins e.V.
- **3. Preis**
„Präventions-App Cool and Safe“ – Schule machen ohne Gewalt (SMOG) e.V.
„STOP HATE„ – STOP-HATE gUG – Interventionen gegen digitalen Hass und Gewalt
- **2. Preis**
„Gute Partnerschaft von Anfang an“- Frauen-Notruf Wetterau e.V.
- **1. Preis**
„displaced at home – ein Ort, den man zuhause nennt“
Sara Nussbaum Zentrum für Jüdisches Leben

Laudationes:

Christina Kreis

Vorsitzende des Landespräventionsrates

Markus Wörsdörfer

Geschäftsführer des Landespräventionsrates

Marion Denny

Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT)

Michael Achtert

Leiter der Landeskoordinierungsstelle gegen Häusliche Gewalt

Abschluss mit Musik:

KAMEL

Moderation:

Christina Kreis

Vorsitzende des Landespräventionsrates

Wir danken dem Kammermusikensemble Laubenheim für die freundliche Unterstützung.

1. Preis: „displaced at home – ein Ort, den man zuhause nennt“
Sara Nussbaum Zentrum für Jüdisches Leben



v.l.n.r.: Paula Wissemann, Gabriela Katz, Staatsminister Christian Heinz, Hanna Wissemann, Allistair Fritz López Mercado



v.l.n.r.: Christina Kreis, Staatsminister Christian Heinz, Allistair Fritz López Mercado, Hanna Wissemann, Paula Wissemann, Gabriela Katz, Michael Weidmann

2. Preis: „Gute Partnerschaft von Anfang an“ - Frauen-Notruf Wetterau e.V.



v.l.n.r. Christina Kreis, Staatsminister Christian Heinz, Jannina Klein, Michael Weidmann

3. Preis: „Präventions-App Cool and Safe“ – Schule machen ohne Gewalt (SMOG) e.V.



v.l.n.r: Christina Kreis, Michael Weidmann, Max Ostrowski, Erwin Maisch, Staatsminister Christian Heinz

3. Preis: „STOP HATE“ – STOP-HATE gUG – Interventionen gegen digitalen Hass und Gewalt Lübeck



v.l.n.r.: Christina Kreis, Michael Weidmann, Oliver Windgassen, Staatsminister Christian Heinz

Anerkennungspreis für „Love always wins! Ein Projekt zur Förderung von Medienkompetenz und zur Bekämpfung von Cybermobbing“ – Polizeipräsidium Nordhessen & Love always wins



v.l.n.r.: Christina Kreis, Michel Weidmann, Sascha Aschermann, Lijana Kaggwa, Staatsminister Christian Heinz



Initiative Kassel.aktiv

Bewegte Stadt – Kassel.aktiv

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Das Projekt startete im November 2024 und möchte die Kasseler Innenstadt lebendig und attraktiv für alle Nutzungsgruppen gestalten. Es richtet sich grundsätzlich an aktive Menschen. Basis des Projektes ist der Glaube, dass aktive Menschen nachhaltig dazu beitragen können, die Kasseler Innenstadt für alle Nutzungsgruppen attraktiv zu halten. Die Vision des Projektes ist es, die Attraktivität der Innenstadt für AKTIVE Menschen zu erhöhen, die dort sowohl shoppen, als auch ihren Lieblings-Aktivitäten nachgehen können. Hierzu gehören insbesondere Freizeit-Aktivitäten, wie Laufen, Klettern, Radfahren, Schach spielen, Skaten, Boule spielen und vieles mehr. Gleichzeitig wird so der öffentliche Raum belebt und Angsträume vermieden. Auch langfristig ist das Projekt geeignet, positiv auf die Gesundheit und Resilienz der Menschen einzuwirken. Diese Vision basiert auf den CPTED-Strategien („Crime Prevention Through Environmental Design“), die davon ausgehen, dass die Art und Weise, wie wir bestimmte Dinge in unserer Umwelt gestalten, einen Einfluss darauf haben kann, wie sich Kriminalität auf uns auswirkt. Folgende Probleme wurden durch die Mitglieder der Initiative identifiziert: Untergenutzte und unattraktive Orte, Monofunktionalität der Innenstadt, in Teilen Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Treffpunkte marginalisierter Gruppen in der Innenstadt sowie Angsträume. Die Initiative ist eine gemischte Gruppe von Menschen, die in Kassel wohnen, studieren oder arbeiten. Diese unterstützen bereits angelaufene und geplante Aktionen, die zu deren Vision passen – und führen außerdem selbst diverse Aktionen in der Innenstadt von Kassel durch. Aktive Menschen beleben die Innenstadt nicht nur – sie sind auch Vorbild für andere Menschen, bieten sichtbare Perspektiven und steigern so die Resilienz gegen Einflüsse von legalen und illegalen Substanzen und anderen negativen Beeinflussungen. Ziele der Initiative sind die Belebung und Steigerung der Attraktivität der Innenstadt von Kassel, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts sowie Integration und Inklusion.

Ergebnis

Bereits bei den ersten Aktionen und Proben hat sich abgezeichnet, dass ein reges Interesse seitens der Bevölkerung entstanden ist. Die Mitglieder von Kassel.aktiv berichten, dass man auf niedrighschwellige Art und Weise mit den Menschen in das Gespräch – insbesondere junge Menschen mit Migrationshintergrund zeigten sich interessiert und haben sich an den Aktionen beteiligt. Studenten der Universität haben eine digitale Umfrage mit ca. 12 Fragen entwickelt, die Teilnehmende an den Aktionen beantworten können. Eine Projektdokumentation wurde bislang noch nicht erstellt.

Jugendzentrum Second Home – Streetwork Baunatal

Containerprojekt Streetwork – Der Präventionscontainer am Skateplatz Baunatal

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Das Projekt „Streetwork Container – Der Präventionscontainer am Skateplatz Baunatal“ richtet sich in erster Linie an Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von etwa 12 bis 27 Jahren, die den Skateplatz in Altenbauna als Treffpunkt nutzen. Der umgestaltete Seecontainer, bekannt unter dem Namen „Streetwork Container“, fungiert als multifunktionaler Treffpunkt für Jugendliche und verbindet Freizeitgestaltung mit gezielter Präventionsarbeit. Ziel ist es, junge Menschen in einem vertrauten Umfeld anzusprechen und durch konkrete Angebote in ihrer sozialen, emotionalen und gesundheitlichen Entwicklung zu stärken. Besonders im Fokus stehen junge Menschen, die aufgrund sozialer, familiärer oder sprachlicher Herausforderungen nur schwer Zugang zu bestehenden Hilfsangeboten finden – etwa Jugendliche mit Migrationshintergrund, schulverweigernde Jugendliche oder solche mit ersten Erfahrungen mit Sucht oder Gewalt. Statt Jugendliche in bestehende Einrichtungen zu holen, geht die Streetwork mit ihrem Container dorthin, wo ihre Lebenswelt stattfindet – konkret an den Skateplatz. Dadurch entsteht ein unmittelbarer, niedragschwelliger Zugang, der ohne Termin, Anmeldung oder Barrieren funktioniert. Prävention wird so sichtbar, greifbar und alltagsnah erlebbar. Dabei werden wichtige Schutzfaktoren wie Selbstbewusstsein, soziale Kompetenz und Konfliktfähigkeit gefördert. Gleichzeitig wirkt das Projekt ausgrenzenden Tendenzen entgegen und trägt zur sozialen Integration bei. Damit werden junge Menschen in ihrer persönlichen Entwicklung gestärkt und dies hat einen präventiven Effekt. Ein weiteres Ziel ist der Aufbau eines stabilen Unterstützungsnetzwerks im Stadtteil: Durch die enge Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendhilfe, Polizei und lokalen Initiativen wird ein präventiver Rahmen geschaffen, der flexibel auf Bedarfe reagiert und Jugendliche langfristig begleitet. Der Streetwork Container ist an Nachmittagen geöffnet und wird von pädagogischem Fachpersonal betreut. Im Container finden regelmäßig Workshops und Mitmachaktionen statt – unter anderem zu den Themen Gewaltprävention, Suchtaufklärung, Konfliktlösung, Skatesicherheit, Erste Hilfe und kreativer Ausdruck (z. B. Graffiti). Darüber hinaus können Skateboards, Helme und Schutzausrüstung ausgeliehen werden, um den sicheren Zugang zum Skateplatz zu fördern. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der niederschweligen Beratung in persönlichen Krisen oder bei erstem Risikoverhalten, in enger Kooperation mit Schulen, dem Jugendamt, der Polizei, Suchthilfeeinrichtungen und lokalen Initiativen.

Ergebnis

Das Projekt läuft seit Januar 2025 und wird durch die Jugendlichen angenommen. Es ist auf Dauer angelegt.



Sarah Nussbaum Zentrum für Jüdisches Leben

„displaced at home – ein Ort, den man zuhause nennt“

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Die Ausstellung „displaced at home - ein Ort, den man zuhause nennt“ ist seit dem 6. Juni 2024 im Sarah Nussbaum Zentrum für jüdisches Leben in Kassel zu sehen. Es besteht für Bildungseinrichtungen und anderen Institutionen darüber hinaus auch das Angebot eine mobile Version der Ausstellung auszuleihen. Die Ausstellung beschäftigt sich mit der Geschichte der antisemitischen Verfolgung in Kassel und deckt zugleich verschiedene Themengebiete ab, durch deren Auseinandersetzung ein kreativer sowie innovativer Beitrag zur Antisemitismusprävention geleistet wird, aber auch eine differenzierte Auseinandersetzung mit jüdischem Leben vor dem Hintergrund eines lokalen Bezugs erfolgt. Sie ermöglicht einen differenzierten Einblick auf jüdisches Leben vor, während und nach der Shoah und damit eine intensive Auseinandersetzung mit persönlichen Identitätskonzepten sowie einer Reflexion des Begriffes "Heimat". Anhand einer Konkretisierung zu den einzelnen Themenschwerpunkten werden intensive und persönliche Auseinandersetzungen ermöglicht. Insbesondere durch die Konkretisierungen antisemitischer Verfolgung anhand von Einzelschicksalen können durch Perspektivenwechsel und Empathie demokratiefördernde Haltungen und Werte vermittelt und langfristig gesichert werden. Die Ausstellung richtet sich gezielt an Schülerinnen, Studierende, junge Erwachsene, Lehrkräfte und Multiplikatorinnen, da diese Gruppen eine entscheidende Rolle in der Bildungsarbeit, Meinungsbildung und Wertevermittlung spielen. Im Rahmen des Projekts werden mehrere innovative und wirkungsvolle Methoden der Prävention eingesetzt: Prävention durch Perspektivwechsel und emotionale Ansprache, Stärkung individueller Resilienz gegenüber antisemitischen Narrativen, Raum für Identitätsarbeit und Selbstreflexion als Präventionsansatz, Mobilität und Kontextsensibilität als neue Zugangsstrategie. Für die Durchführung der mobilen Ausstellung stehen zwei pädagogische Fachkräfte zur Verfügung, die für die Implementierung der pädagogischen Inhalte verantwortlich sind. Diese Mitarbeiterinnen haben sowohl Erfahrung in der Durchführung von Führungen und Workshops als auch in der individuellen Anpassung der Ausstellung an verschiedene Zielgruppen. Zusätzlich dazu wird die Ausstellung von einer Projektleiterin koordiniert, die für die organisatorische Umsetzung und die Qualitätssicherung sorgt.

Ergebnis

Die Projektziele sind in den wesentlichen Bereichen erreicht worden, insbesondere durch die Erhöhung des Bewusstseins für Antisemitismus, die Förderung der Auseinandersetzung mit jüdischem Leben und die Erreichung einer breiten Zielgruppe. Das Projekt hat auch eine langfristige Wirkung erzielt, indem es nachhaltige Bildungsprozesse angestoßen hat.



Familienzentrum der Katholischen Pfarrgemeinde St. Franziskus, Kelkheim Familiencafé FranzisKUSS (Kaffee und Spiele und Spaß)

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Das Familienzentrum erstreckt sich über die gesamte Pfarrei St. Franziskus in verschiedenen Wirkungsorten mit zahlreichen Gruppierungen. Das größte Projekt in der Pfarrei ist das FranzisKUSS (Kaffee und Spiele und Spaß). Hier treffen sich wöchentlich im Schnitt 100 - 120 Personen von ganz klein bis hin zum Seniorenalter. Das Projekt arbeitet präventiv sowie informierend. Das Café dient dem Austausch und der Begegnung, der Unterstützung und Begleitung. In dem Café treffen sich Jung und Alt, Mütter, Väter, Großeltern, Menschen mit in- oder ausländischen Wurzeln, Menschen unterschiedlicher Religionen, Kinder vom Baby bis zum Schulkind. Bei einem lockeren Gespräch, bei Kaffee und manchmal auch Kuchen, haben die Besucher die Möglichkeit, sich mit anderen Eltern auszutauschen, Probleme zu besprechen, sich Anregungen zu holen oder "einfach mal die Seele baumeln zu lassen". Folgende Ziele sollen durch das FranzisKUSS-Café erreicht werden:

- Die Kinder können spielen, toben, basteln und an Angeboten teilnehmen.
- Familien können sich miteinander austauschen.
- Familien erleben das Gefühl von Gemeinschaft.
- Familien engagieren sich für die Gemeinschaft.
- Familien können neue Kontakte knüpfen.
- Kinder und Erwachsene erhalten religiöse und pädagogische Impulse.
- Familien können sich zu verschiedenen Themen informieren und beraten lassen.

Das Projekt wird nur mit Honorarkräften bewältigt und ist auf Finanzförderung angewiesen, da die Pfarrei die Personalkosten sowie den Unterhalt des Cafés nicht alleine aufbringen kann.

Ergebnis

Das Familienzentrum und das dortige Projekt Familiencafé FranzisKUSS ist QM-zertifiziert und unterliegt einer ständigen Evaluation. In allen Bereichen wird der Verhaltenskodex des dortigen Gewaltschutzkonzeptes eingehalten. Dazu werden jährlich zwei Schulungen für alle Mitarbeitenden und Teilnehmenden durchgeführt.

Wildwasser Wiesbaden e.V. Fries for Rights

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Die Mädchengruppe „die feministischen Fritten“ wurde im Oktober 2021 auf Initiative zweier Mädchen gegründet und wird durch Wildwasser Wiesbaden e.V. unterstützt. Der ungewöhnliche Name der Gruppe – entstanden aus der gemeinsamen Liebe zu Pommes – bringt bewusst Leichtigkeit in ein oft schweres Thema: Feminismus. Die Gruppe setzt so ein Zeichen gegen gängige Klischees und Schönheitsideale und greift Themen wie Bodyshaming, Selbstbestimmung und Solidarität kreativ auf. Ein aktuelles Projekt der Gruppe ist „Fries for Rights“ und widmet sich der Prävention sexualisierter Gewalt. Im Schwerpunkt soll das Projekt „Fries for Rights“ Jugendliche ansprechen, ihnen Wissen über sexualisierte Gewalt vermitteln und auch Hilfsangebote näherbringen. Dabei werden zentrale Präventionsgrundsätze altersgerecht und künstlerisch umgesetzt – etwa mit der selbst entwickelten Fritten-Gefühle-Uhr, die ohne Sprache genutzt werden kann und Kinder und Jugendliche dabei unterstützt, ihre Gefühle zu erkennen, zu benennen und ihnen zu vertrauen. Der Hintergrund der Uhr ist regenbogenfarben, den Farben der Pride-Flag, um alle Menschen anzusprechen. Die Figuren sind als geschlechts- und farbneutrale Pommes gestaltet – offen für alle Identitäten, unabhängig von Geschlecht und Hautfarbe. Das Peer-to-Peer Projekt beschäftigt sich mit den zentralen Präventionsbotschaften: Ich vertraue meinem Gefühl. Ich kenne schöne und blöde Berührungen. Ich darf NEIN sagen. Ich kenne schöne und blöde Geheimnisse. Mein Körper gehört mir. Ich darf mir Hilfe holen. Ziel ist die Stärkung des Selbstbewusstseins, der Entscheidungsfähigkeit und der Selbstwahrnehmung junger Menschen. Begleitet wird die Gruppe von zwei Fachkräften von Wildwasser, die sich als Mentorinnen verstehen. Das Projekt soll mobil und nachhaltig Wirkung entfalten – z.B. durch eine öffentliche Aktion in Fußgängerzone und beim Einsatz in der Schulprävention von Wildwasser Wiesbaden e.V. Die feministischen Fritten haben sich schon mehrfach mit dem Thema sexualisierte Gewalt auseinandergesetzt. Ihr erstes Video „Shirtgeschichten“ ist zu sehen unter: <https://www.youtube.com/watch?v=XhSJLGYyLy4>. Die feministischen Fritten sind mehr als eine Mädchengruppe: Sie sind ein Schutzraum, ein Ort für Austausch und Solidarität – und ein lebendiges Beispiel dafür, wie junge Menschen gesellschaftliche Veränderung aktiv mitgestalten.

Ergebnis

Das Projektziel ist die Prävention von sexualisierter Gewalt und auf Hilfsangebote aufmerksam zu machen. Da das Projekt derzeit noch nicht beendet ist, kann zur Frage der Zielerreichung noch keine abschließende Aussage gemacht werden. Geplant ist eine Öffentlichkeitsaktion in der Wiesbadener Innenstadt, wenn das Projekt fertig ist. Bislang wurde „Fries for Rights“ einmalig bei einem Frauenserviceclub vorgestellt. Wie viele Personen in der Innenstadt erreicht werden können, ist schwer zu kalkulieren, ebenso wie viele es in Social Media verfolgen werden.

lakchos Kinder- und Jugendhaus – Gesundheitszentrum Marbachhöhe **Gesunde Kinder mit Freude am Essen, ErzieherInnen kochen mit den Kindern, für die Kinder**

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Das lakchos Kinder- und Jugendhaus ist ein integrativer altersstufenübergreifender Waldorf Kindergarten mit dazu gehöriger Krabbelgruppe. Der integrative Kindergarten lakchos arbeitet nach einem eigens entwickelten Konzept auf Basis der anthroposophischen Menschenlehre und der Waldorfpädagogik Rudolf Steiners. Ziel ist es, Kinder zu freien, selbstbewussten und sozial engagierten Persönlichkeiten zu erziehen. Der Fokus liegt auf einer ganzheitlichen Entwicklung – körperlich, seelisch und geistig. Die jeweiligen Kita-Gruppen besprechen gemeinsam auch mit den Kindern einen Speiseplan, organisieren in Rücksprache mit der zuständigen Person für Einkauf, die Beschaffung der Lebensmittel. Die Mahlzeiten werden in Rücksprache im Team von den Erziehenden gekocht. Alle Mahlzeiten werden täglich frisch aus regionalen, biologischen oder biologisch-dynamischen Lebensmitteln zubereitet – oft aus eigener Demeter zertifizierter Landwirtschaft. Die Kinder wirken aktiv beim Anbau, Ernten, Kochen und Backen mit. So lernen sie die Herkunft von Lebensmitteln kennen und entwickeln früh gesunde Essgewohnheiten. Eine Kitagruppe bereitet seit 2024 alle Mahlzeiten im Gruppenraum selbst zu, um die Selbstständigkeit, sozialen Kompetenzen und das Bewusstsein für gesunde Ernährung weiter zu fördern.

Ergebnis

Seit 24 Jahren zeigt sich: Kinder aus dem lakchos sind überdurchschnittlich gesund, zeigen kaum Allergien oder chronische Krankheiten, sind psychisch stabil und lernen erfolgreich. Das Konzept spart langfristig Gesundheitskosten und kann als Modell für andere Einrichtungen dienen.

**Frauen-Notruf Wetterau e.V.**

Gute Partnerschaft von Anfang an

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Partnerschaftsgewalt beginnt nicht erst im Erwachsenenalter – erschreckend viele Jugendliche machen bereits in ersten Beziehungen Erfahrungen mit psychischer, körperlicher oder sexualisierter Gewalt. Der Workshop „Gute Partnerschaft von Anfang an“ setzt genau hier an. Er richtet sich an Jugendliche ab 12 Jahren und stärkt sie frühzeitig in ihrer Beziehungs- und Konfliktkompetenz. Das Konzept wurde vom Frauen-Notruf Wetterau e.V. in Kooperation mit pro familia Friedberg entwickelt und setzt bewusst auf interaktive, lebensweltnahe und geschlechtersensible Präventionsarbeit. Ziel ist es, Jugendlichen ein positives, gewaltfreies Verständnis von Beziehungen zu vermitteln und das auf Augenhöhe, praxisnah und partizipativ. Der Workshop bietet vielfältige kreative Methoden wie Rollenspiele, Gesprächskreise, Medienanalysen, Körperwahrnehmungsübungen und Diskussionen. Inhalte wie Selbstfürsorge, Konsens, Grenzen, Red Flags, Rollenbilder und sexuelle Selbstbestimmung werden auf eine Weise vermittelt, die Jugendliche aktiviert, berührt und ernst nimmt. Dabei bleibt Raum für unterschiedliche Meinungen – kontroverse Diskussionen sind ausdrücklich erwünscht. Durch Methoden wie die „Beziehungsampel“ oder das „Gewaltbarometer“ werden abstrakte Konzepte konkret erfahrbar. Ein besonderes Merkmal des Workshops ist die enge Orientierung an der Lebensrealität der Jugendlichen. Aktuelle Inhalte aus sozialen Medien, Serien oder Musikvideos werden aufgegriffen und gemeinsam reflektiert. Der Workshop basiert auf Prinzipien der gewaltfreien Kommunikation, vermittelt Mut zur Selbstbehauptung und informiert niedrigschwellig über Hilfsangebote. Dabei ist die Umsetzung flexibel: Ob im Unterricht oder in Gemeinschaftsunterkünften für unbegleitete Minderjährige – das Format lässt sich passgenau auf die Bedürfnisse vor Ort zuschneiden. Der Frauen-Notruf Wetterau e.V. koordiniert das Projekt. Die Aufgaben umfassen: Konzeptentwicklung und Weiterentwicklung, Materialerstellung, Durchführung der Workshops, Akquise von Schulen u. Institutionen, Kontakt mit Lehrkräften bzw. Pädagogischen Personal, Vor- und Nachbereitung, Evaluation, Verwaltungsaufgaben, Vernetzung mit Kooperationspartnern. Der Projektpartner pro familia Friedberg ist an der Konzeptentwicklung und Materialerstellung beteiligt und führt gemeinsam mit dem Frauen-Notruf Wetterau e.V. die Workshops durch.

Ergebnis

Seit 2022 wurden ca. 750 Jugendliche erreicht. Das Projekt ist mittlerweile in der Wetterau etabliert, es gibt bereits Anfragen das Projekt in das Schutzkonzept einzelner Schulen aufzunehmen. Jedes Jahr fragen neue Schulen und Schulen die bereits mit Klassen teilgenommen haben, die Kurse an.

Industrie- und Handelskammer Gießen-Friedberg Internetprävention für Auszubildende

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Seit 2013 bietet die IHK Gießen-Friedberg in Kooperation mit dem Polizeipräsidium Mittelhessen Schulungen zum Thema „Internetprävention für Auszubildende“ an. Das Angebot ist nicht nur passgenau, sondern wird von den jungen Menschen auch sehr gut angenommen. Betriebe sind immer auf der Suche nach Angeboten zur IT-Sicherheit für Auszubildende. Über die IHK kann die Polizei Unternehmen erreichen und mit den Azubis eine neue Altersgruppe erschließen. Insgesamt eine Win-Win-(Win)-Situation für alle Beteiligten. Themen sind unter anderem aktuelle Kriminalitätsphänomene wie Phishing, Smishing oder Deepfakes, der sichere Umgang mit sozialen Medien, Schadsoftware, Social Engineering oder Online-Banking. Darüber hinaus werden Grundlagen und Begrifflichkeiten im Internet erläutert und es besteht die Möglichkeit sich auszutauschen. Am Ende der Schulungen erhalten alle Teilnehmer eine Teilnahmebescheinigung der IHK, welche gerne späteren Bewerbungen beigelegt wird. Seit diesem Jahr können die Auszubildenden den Vortrag über ihr Smartphone live mitgestalten. Über eine App können sie an einer Umfrage teilnehmen. Die Eingaben werden anonym in Form von „Wortwolken“ auf die Leinwand des Seminarraums projiziert. Neben den Schulungen im Hause der IHK Gießen-Friedberg und den Online- Veranstaltungen besteht auch die Möglichkeit zu Inhouse-Schulungen im auszubildenden Unternehmen. Die Teilnahme an den Workshops ist kostenfrei. Voraussetzung ist ein eingetragener Berufsausbildungsvertrag bei der IHK Gießen-Friedberg. Die Präsenzveranstaltungen finden ein bis zweimal jährlich statt, die Inhouse-Schulungen auf Anfrage.

Ergebnis

Das Projekt wird in der Regel im Frühjahr und Herbst durchgeführt. In den letzten 12 Jahren haben rund 2.150 Personen teilgenommen.

Kinder- und Beratungszentrum Sauerland (KBS) Jung und Alt is(s)t gut – Der generationenübergreifende Mittagstisch

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Das Kinder- und Beratungszentrum Sauerland (kurz: KBS) in Wiesbaden arbeitet in einem Stadtteil mit besonderen sozialen Bedarfslagen. Das bedeutet, dass dort bestimmte Risikofaktoren wie soziale Isolation, Armut, Bildungsferne oder mangelnde Unterstützungssysteme besonders ausgeprägt sein können. Besonders gefährdet sind Menschen, die einsam oder sozial isoliert sind, da sie oft weniger Zugang zu Unterstützung und Ressourcen haben. Das KBS setzt daher auf einen ganzheitlichen, gemeinwesenorientierten Ansatz, um diesen Herausforderungen entgegenzuwirken. Wöchentlich findet ein generationenübergreifender Mittagstisch mit zwei Generationen statt. Die internationalen, selbst ausgewählten Speisen werden von einer Senioren-Koch-Gruppe mit Unterstützung einer Fachkraft zubereitet und gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen aus dem Jugendzentrum Trafohaus und weiteren Stadtteilbewohnern ab 50 Jahren in angenehmer Atmosphäre gegessen. Für die Essensplanung fließen zum einen die Essenswünsche aller mit ein sowie das selbst gepflanzte Gemüse aus dem Trafohaus-Garten oder dem Stadtteil-Gemeinschaftsgarten, dem Essbaren Sauerland. Gemeinsam wird der Tisch gedeckt, geschmückt und der Raum wieder aufgeräumt. Beim gemeinsamen Essen finden Gespräche zwischen Jung und Alt statt. Mit dem generationenübergreifenden Mittagessensprojekt werden zum einen Kinder und Jugendliche aus dem Jugendzentrum Trafohaus angesprochen, die vor dem Schülerhilfeangebot eine warme Mahlzeit bekommen um sich besser konzentrieren zu können und zum anderen Menschen ab 50 Jahren, die von Einsamkeit und Isolation bedroht bzw. betroffen sind. Mit dem Zusammenbringen beider Generationen werden Vorurteile und Ängste abgebaut sowie gegenseitige Toleranz gefördert und gestärkt. Es finden Kontaktbegegnungen zwischen Jung und Alt statt, die perspektivisch Unterstützungssystemen im Alltag fördern.

Ergebnis:

Der generationenübergreifende Mittagstisch stärkt die Resilienz, beugt Vereinsamung und altersbedingten Folgeerscheinungen vor und fördert gleichzeitig bei Kindern und Jugendlichen soziale Reifung und Verantwortungsgefühl. Synergieeffekte der gegenseitigen Hilfe entstehen. Durch das Kochen von internationalen Gerichten erweitert sich das Wissen um andere Kulturen und trägt somit zur Bildungsarbeit bei. Die Familien in prekären Familienverhältnissen werden entlastet durch das Wissen, dass ihr Schulkind vor der Schülerhilfe eine Mahlzeit bekommt und Angehörige müssen sich nicht um ihre alleinlebenden Eltern sorgen.



Ev. Kirchengemeinde Frohnhausen

Kids in der Zentrale – Zentrale 15

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Die Ev. Kirchengemeinde betreibt ein Familienzentrum und damit verbunden zwei Kindertagesstätten. In der Vergangenheit wurde dort beobachtet, dass einige Kinder ziellos durch den Ort streifen, vermutlich weil ihnen feste Anlaufstellen und sinnvolle Freizeitangebote fehlen. Immer wieder suchen sie das Gemeindehaus auf, fragen nach Essen, Trinken oder der Nutzung der Toiletten. Einige nehmen am Eltern-Kind-Café teil, sind dafür aber bereits zu alt und finden dort langfristig keine passende Beschäftigung. Dadurch verbringen sie weiterhin viel Zeit ohne Betreuung im öffentlichen Raum. Ohne sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten geraten sie auch in Situationen, die in der Vergangenheit zu Sachbeschädigungen und Brandstiftung führten. Um dem entgegenzuwirken, plant die Ev. Kirchengemeinde die Einrichtung eines offenen Raumes, der diesen jungen Menschen eine neue Anlaufstelle bietet. Bereits jetzt gibt es ein großes Interesse an Angeboten des Familienzentrums. Die Kinder nehmen immer häufiger an den Ferienprogrammen der Evangelischen Gemeinde teil und zeigen dabei viel Begeisterung und Engagement. Zuletzt waren hier 90 Kinder angemeldet. Auch bei Veranstaltungen im Dorf konnten über Kinderbetreuung und Stände für Kinder bereits gute Kontakte mit den Kindern aufgebaut werden. Auf Grund dieser Beobachtung werden sie stärker in den Blick genommen und mit dem Projekt „Kids in der Zentrale soll ihnen ein entsprechendes Angebot“ gemacht werden. Für das Projekt wurde eine Immobilie angemietet, deren Miete in Teilen über das Betreiben einer Postfiliale finanziert wird. Diese werden mit einem Team von Ehrenamtlichen und interessierten Kindern renoviert. Ziel ist, den Raum nach den Sommerferien 2025 zu eröffnen. Die ersten Ferienangebote werden im Herbst 2025 in den neuen Räumlichkeiten stattfinden. Zunächst an zwei Tagen in der Woche werden die Räumlichkeiten für alle Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren ganz ohne Anmeldung offen sein. Begleitet wird das Projekt durch zwei pädagogische Fachkräfte der Ev. Kirchengemeinde und einem Team aus ehrenamtlich Helfenden. Ziel ist es, einen Ort der Begegnung zu schaffen, an dem Kinder willkommen sind, sich angenommen fühlen und auf Augenhöhe ernstgenommen werden. Hier sollen sie sich kreativ und spielerisch beschäftigen können, neue soziale Erfahrungen machen und eine feste Anlaufstelle außerhalb von Schule und Elternhaus finden. Neben verschiedenen Freizeitangeboten wird auch für Essen und Trinken gesorgt, damit der offene Raum ein Ort wird, an dem sich die Kinder wohlfühlen, Kraft schöpfen und sich entfalten können.

Ergebnis

Derzeit läuft der Aufbau des Projekts. Bereits jetzt hat der Träger des Projektes durch sein Ferienangebot Kontakt zu 90 ortsansässigen Kindern. Die Schule hat ca. 200 Kinder, zu denen zumindest indirekt Kontakt besteht.



Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Fulda

Krav Maga Selbstverteidigungskurs für traumatisierte Frauen

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Der Kurs wird seit Mai 2024 für traumatisierte Frauen, die sexualisierte und/oder häusliche Gewalt erfahren haben angeboten. Konzipiert worden ist der Kurs für diese spezifische Zielgruppe aus der langjährigen Erfahrung der Mitarbeiterinnen aus dem Team Schutz vor Gewalt heraus. Der Kurs umfasst 6 Einheiten zu je 2,5 Stunden Trainingszeit mit einem Krav Maga Trainer. Dieser führt den Kurs dann inhaltlich durch, immer abgestimmt auf die individuellen Bedarfe der Teilnehmerinnen. Die Mitarbeiterin ist als Trainingspartnerin dauerhaft anwesend, aber auch zur Stabilisierung der Teilnehmerinnen in schwierigen Situationen verantwortlich. Eine weitere Besonderheit ist die Durchführung der Kurseinheiten innerhalb der Räumlichkeiten des SkF, sodass Betroffene nicht erst ein Kampfsportstudio oder eine andere Einrichtung aufsuchen müssen. Der Zugang zu den Räumen ist anonym – das Projekt findet in einem geschützten Rahmen statt. Der spezialisierte Kurs berücksichtigt die besonderen Bedürfnisse der Zielgruppe und Übungen, Sprache und Tempo entsprechend anpasst. Das Selbstverteidigungssystem Krav Maga eignet sich für die aufgezählten Bedürfnisse der Zielgruppe sehr gut, da es ein effektives Training bietet, welches auf natürliche Reflexe basiert und daher relativ schnell zu erlernen ist. Viele Teilnehmerinnen haben durch traumatische Erlebnisse in ihrer Biografie ihr Selbstvertrauen verloren und sind belastet durch Ängste. Ziel ist es, ihnen durch die Techniken des Krav Maga nicht nur praktische Verteidigungsfähigkeiten beizubringen, sondern sie vor allem auch wieder in die Selbstermächtigung zu bringen, ihnen die eigenen körperlichen und mentalen Stärken bewusst zu machen. Die Inhalte des Kurses werden traumasensibel auf die Bedürfnisse der Teilnehmerinnen abgestimmt und so werden insbesondere die Grundlagen der Selbstverteidigung, das Erkennen und Vermeiden von potentiell gefährlichen Situationen, die Kommunikation und Körpersprache, das taktische Verhalten in Konfliktsituationen, die Techniken in Notwehr und Nothilfesituationen, die unterschiedliche Verteidigung gegen Angriffe jeglicher Art besprochen, gezeigt und praktisch geübt. Vorgespräche finden einzeln mit allen Frauen statt, sodass individuelle Trigger und Gefahrenmomente vorgedacht werden und im Training entsprechend gehandelt werden kann.

Ergebnis:

Die Rückmeldungen der Frauen und der durchführenden Fachkräfte im Rahmen der Selbstevaluation ist durchweg positiv. Aus fachlicher Sicht konnten folgende Ziele erreicht werden: Techniken der Selbstverteidigung, Erkennen und Vermeiden von potentiell gefährlichen Situationen, Selbstermächtigung, Bewusstmachen der eigenen mentalen und körperlichen Stärke, Unterstützung des Selbstheilungsprozesses, Arbeit an traumaindizierten Folgebbeeinträchtigungen und Reduktion dieser, Wiedererlangung der Alltagsstabilität.

AKTION – Perspektiven für junge Menschen und Familien e.V.

Landesfachstelle im Netzwerk Kinder von Inhaftierten – Hessen (Netzwerk Kvl-Hessen)

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Die Landesfachstelle im Netzwerk Kinder von Inhaftierten – Hessen (Netzwerk Kvl –Hessen) ist ein Kooperationsprojekt der AKTION – Perspektiven e. V. mit dem HSMI, HMFG und dem HMdJ sowie der Auridis Stiftung gGmbH als Fördermittelgeberin. Als Teil der Bundesinitiative Netzwerk Kvl hat sich AKTION zum Ziel gesetzt, die Versorgungsstruktur für Kinder von Inhaftierten in Hessen zu verbessern. Die Inhaftierung eines Elternteils löst meist eine familiäre Krise aus. Kinder und erziehende Elternteile erleben Stigmatisierung und Ausgrenzung, emotionalen Stress und Wechselbäder der Gefühle. Dies wirkt sich häufig auf das Verhalten der Kinder in allen Bereichen aus. Die Inhaftierung bedeutet immer eine Trennung der Eltern und kann alle Facetten der üblichen Trennungs-Problematik umfassen, wie z.B. hochstrittige Partnerschaft oder Scheidung. Allerdings stellen die Bedingungen des Justizvollzugs nochmal eine ganz besondere Herausforderung dar sowohl für Eltern und Kinder als auch für das traditionelle Unterstützungssystem der Jugendhilfe. Das Angebot der Landesfachstelle im Netzwerk Kvl – Hessen besteht seit Januar 2023 und richtet sich – neben den betroffenen Kindern (primär für die Altersgruppe zwischen 0 und 10 Jahren) und deren inhaftierten und nicht inhaftierten Elternteile – insbesondere an Fachkräfte aus Justiz und Jugendhilfe. Zentrale Ziele und Aufgabenfelder der Landesfachstelle sind: die Vernetzung zwischen Justiz und Jugendhilfe, die Sensibilisierung, Qualifizierung und Beratung von Fachkräften aus Justiz und Jugendhilfe, unter anderem zur Situation von Kindern Inhaftierter, die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema, eine Erstberatung und Orientierung für betroffene Familien sowie eine Koordination- und Lotsenfunktion im Netzwerk, um sie an zuständige Stellen weiterzuvermitteln. Zielgruppen des Kooperationsprojektes sind außer den betroffenen Kindern (Schwerpunkt sind Kinder im Alter von 0 bis 10 Jahren als Förderschwerpunkt der Auridis Stiftung gGmbH) und deren inhaftierten sowie die nicht inhaftierten Elternteile, insbesondere auch Fachkräfte der Justiz und der Jugendhilfe. Die Verbesserung der Versorgungsstrukturen für Kinder, deren Entwicklung durch die Inhaftierung eines Elternteils belastet ist, ist das Ziel dieses Pilotprojekts.

Ergebnis

Die Auridis Stiftung gGmbH hat eine externe Begleitforschung beim Institut für Kinder- und Jugendhilfe, Essen, für die Projektbundesländer beauftragt. Insgesamt lassen die Daten bereits jetzt erkennen, dass die familienorientierten Angebote dazu beitragen, die Resilienz der inhaftierten Eltern zu stärken und ihnen eine tragfähige Perspektive für das Leben nach der Haft zu geben.

Polizeipräsidium Nordhessen & Love Always Wins e.V. **Love Always Wins – Ein Projekt zur Förderung von Medienkompetenz und zur Bekämpfung von Cybermobbing**

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Zusammen mit dem Netzwerk gegen Gewalt besucht „Love Always Wins e.V.“ zehn Schulen in Kassel und Landkreis, um die Schülerinnen und Schüler kompetenter im Umgang mit digitalen Medien zu machen. Ziele des Projektes sind insbesondere die Vermittlung von Chancen und Gefahren digitaler Medien wie Cybermobbing, Auseinandersetzen mit dem Schutz vor Cybermobbing, Erlernen des richtigen Umgangs mit digitalen Medien, Entwicklung von gesundem Selbstwertgefühl als Resilienz gegen negative psychische Auswirkungen, Förderung von Zivilcourage und Selbstwirksamkeit. Des Weiteren werden ihnen vermittelt, wer Ansprechpartner im Bereich der Intervention sein kann (Schulpsychologie, Schulsozialarbeit, Fachberatungsstellen, Eltern etc.). Für das Projekt können sich hessische Schulen bewerben. Zielgruppe sind Schülerinnen und Schüler der 5. – 8. Jahrgangsstufe, Pädagogische Fachkräfte und Eltern. Der Aktionstag als wichtiger Teil des Projektes dauert 90 Minuten mit anschließenden Austauschmöglichkeiten. Die Maßnahmen beinhalten: Lesung aus dem Buch „Du verdienst den Tod“ durch Lijana Kaggwa, Bereitstellung von fünf Exemplaren „Du verdienst den Tod“ an teilnehmenden Schulen für die dortige Bücherei, Podiumsdiskussion mit Lijana Kaggwa, Sascha Aschermann, Jörg Ruckel oder Christina Ecknigk und Schulsozialarbeit/Schulpsychologie bzw. einer Person des Mobbinginterventionsteams (MIT). Akteure des Projektes sind neben Frau Lijana Kaggwa von „Love always wins“, Herr Sascha Aschermann von der regionalen Geschäftsstelle Netzwerk gegen Gewalt im PP Nordhessen, Herr Jörg Ruckel vom Medienbildungszentrum Nord und Martina Brunkow von GuD des HMKB. Das Projekt dient der Vermittlung von Sozialkompetenz (Teamfähigkeit, Empathiefähigkeit, Stärkung des Selbstwertgefühls, der Selbstreflexion), der Vermittlung von Methodenkompetenz (Rekonstruieren von Erlerntem, Informationen im richtigen Kontext einordnen und wiedergeben, Beurteilen von Situationen und ihren Konsequenzen, Erarbeiten von Definitionen, Verhaltensregeln aufstellen, Präsentieren von Erarbeitetem), der Vermittlung von Fachkompetenz (Auseinandersetzen mit dem Schutz vor Cybermobbing, Auseinandersetzen mit der Gesetzeslage im Internet, Erarbeiten von Handlungsmöglichkeiten, Analysieren der Gründe für digitale Gewalt, Auseinandersetzen mit dem Entwickeln von einem positiven Selbstwertgefühl). Weiterhin stellt das Projekt Informationsmaterialien für Schulen in der Vorbereitungs-/Umsetzungs- und Nachbereitungsphase (Material für den Unterricht, Flyer der Kooperationspartner etc.) zur Verfügung.

Ergebnis

Im Schuljahr 24/25 nahmen 10 Schulen aus der Stadt und dem Landkreis Kassel mit insgesamt ca. 2200 Schülerinnen und Schüler, ca. 80 pädagogischen Fachkräften und an zwei durchgeführten Elternabenden 120 Eltern teil.

Regionale Diakonie Main- und Hochtaunus und pro familia Beratungsstelle Darmstadt Multimedia Kampagne Partnerschaft Ohne Partnergewalt – (D)eine Entscheidung

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Das Projekt entstand mit einer Gruppe von Studierenden der Hochschule im Masterstudiengang Soziale Arbeit am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Rhein Main in enger Zusammenarbeit mit Vertretern der Täterarbeit. Es wurden im Zeitraum von April 2023 bis Januar 2024 im zweisemestrigen Modul „Innovative Praxisentwicklung und -forschung“ innovativer Wege der (Primär-)Prävention von Partnerschaftsgewalt im Handlungsfeld der Täterarbeit erarbeitet. In dieser Kooperation entwickelten die Studierenden unter Leitung von Prof. Dackweiler kreative Ideen, wie konkrete Risiken und Gefahren von Partnerschaftsgewalt möglichst früh erkannt und benannt werden und deren Ausübung bzw. Eskalation durch die Vermittlung von Informationen über Hilfeangebote verhindert werden können. Im Sinne der Prävention von Partnerschaftsgewalt gilt es Warnsignale in Einstellungen und Handlungsweisen von jungen Männern als drohende Partnerschaftsgewalt erkennbar und benennbar zu machen. Die Zielgruppe der Kampagne sind junge Männer von 18-35 Jahren. In dieser Gruppe ist die Gefahr gewalttätig zu werden besonders hoch. Durch den präventiven Ansatz sollen potentielle Täter frühzeitig erreicht und damit Gewalt verhindert werden, ebenso soll das Umfeld sensibilisiert und über vorhandene Hilfeangebote informiert werden. Mit diesem Ziel wurde eine multimediale Kampagne konzipiert und realisiert: Es wurde eine Postkarte und ein Poster „Ich habe es doch nur einmal gemacht“ entworfen. Diese verweisen mit einem QR-Code auf die Website „partnerschaftohnegewalt.de“, die eine Fülle von Informationen und wertvollen Hilfestellungen zum Thema anbietet. Auf der Homepage befinden sich vier Kurzvideos, die zum Nachdenken über die verschiedenen Formen von Gewalt in der Paarbeziehung anregen möchten, die nicht erst mit Schlägen und Tritten gegen die (Ex-)Partnerin beginnt. Die Kampagne beinhaltet auch ein Graffito mit dem Untertitel „Gewalt ist (d)eine Entscheidung!“, das einen Impuls zum Nachdenken über Partnerschaftsgewalt im öffentlichen Raum geben möchte. Auf einem transportablen Untergrund aufgetragen und somit ausleihbar, ist auch das Graffito mit dem QR-Code zur Verlinkung zur Homepage versehen.

Ergebnis

Die Entwicklung des Projekts war auf zwei Semester begrenzt, das Ergebnis des Projekts ist zeitlich nicht begrenzt. Entwickelt wurde das Projekt an der Hochschule Rhein Main in Wiesbaden, genutzt werden kann es bundesweit. Graffito wurde in der No Go Gallery Wiesbaden ausgestellt; 1.000 Postkarten und Flyer wurden verteilt; die Homepage Online gestellt und im dreistelligen Bereich besucht.



Förderverein Sicheres Offenbach e.V.

Offenbacher Rahmenkonzept und Methodenkoffer zur Gewaltprävention an Schulen

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Das Offenbacher Rahmenkonzept versteht sich als systematisch strukturiertes und systemisch orientiertes Konzept der Gewaltprävention, das in seinem „Methodenkoffer“ für die unterschiedlichen Zielgruppen im Bereich der Schule Angebote mit unterschiedlichen Zielsetzungen bereitstellt. Ziel des Vereins: Das Zusammenleben und die Sicherheit in Offenbach verbessern, finanzielle Mittel bereitstellen für geeignete Projekte und Maßnahmen, die Aggression, Gewalt und letztendlich auch Straftaten vorbeugen. Die Projektleitung liegt beim Jugendamt der Stadt Offenbach. Hier sind Konzeptentwicklung und permanente Konzeptweiterentwicklung; Auf- und Ausbau des Medien-, Material- und Literaturpools; Öffentlichkeits-, Kooperations- und Netzwerkarbeit; Bearbeitung von Anträgen, Dokumentation und Evaluation sowie fachliche Unterstützung angesiedelt. Die Schulleitungen und die jeweiligen Präventionsfachkräfte sowie Steuerungsgruppen der Schulen sind verantwortlich für den ordnungsgemäßen Einsatz der bewilligten Gelder, für Antragsstellung und Berichtswesen sowie die Koordination und Umsetzung der schulischen Präventionsangebote. Der Förderverein Sicheres Offenbach e. V. ist Initiator und Hauptträger des Projektes. Die Mitgliederversammlung des Fördervereins Sicheres Offenbach e. V. überprüft Antragsstellungen und Berichte und Stellungnahmen des Jugendamts und gibt weitere Impulse für die Weiterentwicklung des Offenbacher Rahmenkonzepts. Unter dem Titel „Gewaltprävention an Schulen – Offenbacher Rahmenkonzept und Methodenkoffer“ entstand eine Handreichung für jeden Schulbetrieb, für viele Konfliktsituationen die richtigen Gegenmaßnahmen zu finden. Antragsberechtigt waren und sind jedoch nur die Schulen, welche die „Gewaltprävention“ in ihren jeweiligen „Schulprogrammen“ manifestierten, was nach anfänglich Diskussionen schnell zum selbstverständlichen Standard in den Schulprogrammen wurde. Sehr erfreulich war, dass das Jugendamt dortige Finanzmittel zum Thema Gewaltprävention an Schulen in Offenbach zur deutlichen Erhöhung der Fördermittel schon seit 2006 einbrachte. Insgesamt entstand so ein sehr engagiertes Kooperationsmodell aus Förderverein sicheres Offenbach, Jugendamt, Geschäftsstelle kommunale Prävention beim Ordnungsamt und den Offenbacher Schulen.

Ergebnis

Seit Vereinsgründung wurden über die einzelnen Projektmaßnahmen des Methodenkoffers (www.offenbach.de/methodenkoffer) 38.015 Personen in Offenbach erreicht, davon 35.827 Schülerinnen und Schüler, 2004 Lehrkräfte und 184 Eltern (Stand März 2025).



Schule machen ohne Gewalt (SMOG) e.V.

Präventions-App Cool and Safe

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

„Cool and Safe“ ist ein für die private Nutzung kostenfreies, interaktives E-Learning Programm, das seit 2013 existiert und seitdem stetig fortentwickelt wurde. Es dient dem Schutz der Zielgruppe 7-12-jährigen Kinder vor Gewalt, sexuellem Missbrauch und den Gefahren des Internets. Mit der „Cool and Safe“-App, die den Kindern spannend und interessant Wissen zu den Gefahren des Alltags und deren Bewältigung vermittelt, bieten es der Zielgruppe einen kindgerechten und wissenschaftlich belegten Mehrwert für ihr tägliches Leben an. Durch das frei über die App-Stores zugängliche Angebot wird eine Vielzahl von Nutzern erreicht. Mit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit werden insbesondere Vereine angesprochen. Gerade für die E, F, D-Jugend in Sportvereinen ist es eine sehr sinnvolle Ergänzung des Vereinsangebots. Durch die Mehrsprachigkeit (Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch und Ukrainisch) und die Kombination von Sprache/Schrift werden auch Menschen erreicht, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind und die Leseschwierigkeiten haben. Im interaktiven E-Learning-Programm „Cool and Safe“ werden fünf Module behandelt: Modul 1: Einstieg in das Training, Gefühle, körperliche Selbstbestimmung und Kommunikation, Modul 2: Sicherheit im öffentlichen Raum, Modul 3: Sicher unterwegs im Internet, Modul 4: Schutz vor Gefahren im familiären Umfeld, Modul 5: Zusammenfassung, Wiederholung und Urkunde. Das Programm dauert ca. 130 Minuten, arbeitet u. a. mit 44 Kurzfilmen, es kann jederzeit unterbrochen werden. Es startet dann wieder an dieser Stelle bei der weiteren Nutzung. Das Kind wird interaktiv gefordert. Für jede richtige Antwort erhält es einen goldenen Stern, zum Anschluss kann sich das Kind eine Urkunde mit seinen erreichten Sternen ausdrucken. Das Training wurde unter Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse und langjähriger Erfahrungen in der gewaltpräventiven Arbeit mit Kindern und Jugendlichen entwickelt. Das Wissen über eigene Rechte und Handlungsstrategien ist für alle Kinder wichtig – unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität und sozialem Status. Kinder lernen über das Internet selbstbestimmtes Auftreten Die Eckpfeiler des Trainings bei „Cool and Safe“ bilden Informationen zu Merkmalen, anhand derer potentiell gefährliche Situationen erkannt werden können. Es enthält Hinweise darauf, wie Kinder sich in riskanten Situationen verhalten sollten und Informationen darüber, wo Kinder Hilfe erhalten können.

Ergebnis

Das Lernprogramm wurde zweifach durch die Goethe Universität in Frankfurt erfolgreich evaluiert. Dass Ziel, ein kosten- und werbefreies sowie niederschwelliges Angebot für 7-12-Jährige zu schaffen, das den Kindern Spaß macht und einen nachgewiesenen Mehrwert für die Kinder im Bereich der Prävention bringt hat die „Cool and Safe“-App damit erfüllt.



Magistrat der Stadt Büdingen

Präventionstage der Stadt Büdingen

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Die Stadt Büdingen, Träger des KOMPASS-Sicherheitsiegel organisiert und veranstaltet seit 2023 Präventionstage zu unterschiedlichen Themen. Das Projekt „Präventionstag“ wurde zielgruppenorientiert an ganztägigen Aktionen für Senioren, Schülerinnen und Schüler, Gewerbetreibende sowie aktuell in Planung für die ganze Familie vor allem mit Ziel der Sensibilisierung und Information der jeweiligen Gruppe sehr erfolgreich durchgeführt. Weitere Ziele waren selbstverständlich auch, dass die Bevölkerung in puncto Sicherheit, Gesundheit und Gemeinschaftsgefühl gestärkt werden sollte, indem praxisnahe Workshops, Informationsstände und Mitmach-Aktionen angeboten wurden. Zielgruppen sind:

- Senioren (65+): Sturzprophylaxe, digitales Alltagsleben, Trickbetrugsprävention, Schiedsamt, Brandschutz uvm.
- Schülerinnen und Schüler: Suchtvorbeugung, Medienkompetenz, Gewaltprävention.
- Gewerbetreibende: Arbeitsschutz, Stressmanagement, Cyber-Security im Geschäftsbetrieb.
- Familien: ähnlich Senioren (die auch zur Familie gehören), sowie zielgruppenorientierter, weiterer Informationen (Vorsorge, Cyber-Security, Verkehrssicherheit uvm.)

Die Stadtverwaltung koordinierte die beteiligten Partner und Akteure. Ein Lenkungskreis aus Ordnungsamt, Polizei und Präventionsrat (bei den Senioren-Präventionstagen noch der städtische Seniorenbeirat) traf sich regelmäßig zur Planung. Werbung erfolgte über Flyer, Plakate, Social Media und lokale Presse. Für jeden Teil an den jeweiligen Präventionstagen standen die o.g. Lenkungskreismitglieder zur Verfügung, um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten.

Ergebnis

An jedem Präventionstag kam am Tage der Veranstaltungen auf vielfältige Art und Weise ausschließlich positive Rückmeldung und die Anregung diese Präventionstage nachhaltig und immer wiederkehrend beibehalten werden sollen. Die Rückmeldung kam aus dem Teilnehmerkreis, der Bürgerschaft, der Politik und zahlreichen weiteren Teilnehmern. Dies auf vielfältigem Wege (u.a. Dankeschreiben der Gäste an die Stadt Büdingen und auch ans Hessische Innenministerium). Das Projekt „Präventionstag“ ist für alle Teilprojekte bisher eine nachhaltige und sinnvolle Veranstaltung, die im Umkreis seinesgleichen sucht.



Stadt Rauschenberg

Runder Tisch Kinder- und Jugendgesundheit Rauschenberg – präventiv wirksam durch Vernetzung

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Der „Runde Tisch Kinder- und Jugendgesundheit Rauschenberg“ ist ein kommunales Präventionsgremium, das seit Februar 2023 in der ländlichen Stadt Rauschenberg (Landkreis Marburg-Biedenkopf, ca. 4.500 Einwohner) aktiv und als zentrale Plattform zur Vernetzung und Koordination aller relevanten Akteure im Bereich Kinder- und Jugendliche fungiert. Beteiligt im Runden Tisch sind Vertretungspersonen der Kindertageseinrichtungen, der beiden Grundschulen und einer Gesamtschule, des Familien- und Beratungszentrums, der Stadtjugendpflege, der Kirchengemeinden und ein freier Träger. Die Moderation erfolgt über das Gesundheitsamt des Landkreises Marburg-Biedenkopf (Präventionsberaterin). Zudem sind Elternvertretungen anwesend. Ziel des Runden Tisches ist es, die gesundheitlichen und sozialen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen vor Ort systematisch zu erfassen, gemeinsam bedarfsgerechte Ziele zu formulieren und daraus passgenaue Maßnahmen zu entwickeln. Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen auf der Förderung der Resilienz der Kinder und Jugendlichen und der Erziehungs- und Gesundheitskompetenz von Eltern, der gezielten Unterstützung Alleinerziehender sowie der Bewegungsförderung durch Psychomotorik. Eltern sowie Kinder und Jugendliche bilden die direkte Zielgruppe der vom Runden Tisch initiierten Maßnahmen. Für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen wurden folgende präventive Angebote initiiert: Selbstbehauptungskurse für Mädchen der vierten Klassen in Kooperation mit den Grundschulen, Resilienztrainings durch die Stadtjugendpflege in verschiedenen Bildungseinrichtungen, „MeKoKi“ – Medienkompetenz in der Kindertagesstätte, durchgeführt in der Kita Mäuseburg. Für die Zielgruppe der Eltern wurden folgende Maßnahmen umgesetzt oder vorbereitet: Der Kurs „Starke Eltern – Starke Kinder“ in Kooperation mit dem Kinderschutzbund Marburg e.V., Workshops zu Resilienz, Konfliktlösung und Kommunikation in der Familie, angeboten durch den Stadtjugendpfleger, ab Mai 2025 geplant: „Wir2“-Bindungstraining für Alleinerziehende. Für die Zielgruppe der Multiplikatoren entstand ein Ausleihkoffer mit Materialien zur Prävention von sexuellem Missbrauch, der über das Familien- und Beratungszentrum an Bildungseinrichtungen verliehen wird.

Ergebnis

Neben den konkreten Maßnahmen ist ein zentrales Projektergebnis die deutlich intensivierte, regelmäßige und strukturierte Zusammenarbeit zwischen den Fachkräften und Einrichtungen vor Ort. Die Arbeit der Präventionsberaterin wird von der Hochschule Neubrandenburg evaluiert. In diesem Rahmen wurde ein Gruppen-Interview mit den Akteuren des Runden Tisches durchgeführt. Zudem wird jährlich ein Analysebogen (Fortschrittsdiagramm für Präventionsarbeit) ausgefüllt.



Lawine e.V. Prävention, Beratung und Therapie bei sexueller Gewalt

Sicher, stark und selbstbewusst – Selbstbehauptungskurs gegen sexuelle Gewalt

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Das Angebot setzt sich aus folgenden Inhalten zusammen:

- Informationsabende (Elternabend vor und ein Elternabend nach Durchführung des Kurses á 1,5 Stunden)
- Selbstbehauptungskurs für Kinder und Jugendliche (Durchführung des Kurses zwischen 6 und 9 Schulstunden verteilt auf einen Projekttag oder aufgeteilt auf drei Termine)
- Vor- und Nachbesprechung mit den beteiligten Fachkräften

Die Selbstbehauptungskurse richten sich an Kinder und Jugendliche ab der 4. Klasse. Ziele des Projektes ist die Stärkung von Kindern und Jugendlichen. Sie werden informiert und dabei unterstützt, sexuelle Gewalt zu erkennen und sich Hilfe zu holen. Die Kinder und Jugendlichen lernen in einem sicheren und unterstützenden Rahmen durch eine abwechslungsreiche Mischung aus altersgerechten Übungen, Rollenspielen, Gesprächsrunden und Spielen zum einen, ihre Gefühle einzuordnen und ihnen zu vertrauen. Zum anderen setzen sie sich intensiv mit ihren eigenen Grenzen auseinander und üben, diese einzufordern und bei anderen zu respektieren. Hierbei erproben die Kinder und Jugendlichen verschiedene Möglichkeiten, Nein zu sagen und entwickeln ihr persönliches Hilfsnetzwerk. Die Kurse vermitteln dabei folgende Botschaften: Vertraue deinem Gefühl. Du entscheidest über deine Grenzen und darfst sie einfordern. Dein Körper gehört dir. Belastende Geheimnisse darfst du weitersagen. Hole dir Hilfe, wenn du sie brauchst. Der Kurs zeichnet sich auch dadurch aus, dass sowohl Vertrauenspersonen, Fachkräfte als auch die Kinder und Jugendlichen adressiert werden. Durch die drei Bausteine des Kurses (Vor- und Nachgespräch mit Fachkräften, Elternabende, Kurs für die Kinder und Jugendlichen) schafft der Selbstbehauptungskurs einen gemeinsamen Blick auf das Thema sexualisierte Gewalt und deren Prävention.

Ergebnis

Das Kursangebot wird in Hanau und dem MKK von den regionalen Schulen erfolgreich angenommen und angefragt. Auch Jugendzentren und stationäre Jugendhilfeeinrichtungen setzten den Kurs bereits mehrfach um. Die hohe Nachfrage erfordert die Ausweitung oder Veränderung des Honorarkräftekonzepts, um alle Anfragen bedienen zu können. Durch die Durchführung der Kurse konnten sich bereits Kinder in ihrer Institution anvertrauen und Hilfe erhalten. Es werden ca. 25 Schüler pro Kurs plus deren Eltern und Fachkräfte direkt erreicht. Eltern bekommen Ideen dazu, wie sie Prävention in ihren Erziehungsalltag einfließen lassen können, wie sie über das Thema sexualisierte Gewalt mit ihren Kindern sprechen können und wie sie im Ernstfall des Anvertrauens hilfreich reagieren. Fachkräfte erhalten Ideen, wie sie Prävention im pädagogischen Alltag einfließen lassen können und wie das im Kurs mit den Kindern Erarbeitete im pädagogischen Alltag umgesetzt werden kann. Kinder und Vertrauenspersonen haben so die gleichen Informationen zum Thema sexualisierte Gewalt und den Umgang damit. Es entsteht damit ein tragfähiges Hilfsnetzwerk und die Basis für Anvertrauen, Erkennen und stoppen von sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Damit schafft der Kurs die Etablierung eines Hilfs- und Unterstützungsnetzwerks für die Kinder und Jugendlichen und baut Hürden ab.



Magistrat der Stadt Büdingen Starke Kinder – Starke Zukunft

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Das Projekt „Starke Kinder, starke Zukunft“ verfolgt das Ziel, Kinder frühzeitig in ihrer Persönlichkeit zu stärken. In Kooperation mit der Trainerin Jessica Berdick nehmen die Vorschulkinder der 12 Kindertageseinrichtungen in städtischer Trägerschaft an Workshops zur Selbstbehauptung und Resilienzförderung teil. Das pädagogische Konzept basiert auf den Programmen „Stark wie ein Löwe“ und „Stark auch ohne Muckis“, die Kinder dazu befähigen, sich selbstbewusst, gewaltfrei und empathisch in ihrer Lebenswelt zu bewegen. Der Magistrat als Träger der Einrichtungen legt im Rahmen des Gewaltschutzkonzeptes besonderen Wert darauf, Kinder nachhaltig vor Kriminalität, Grenzverletzungen und Ausgrenzung zu schützen. Das Programm unterstützt dieses Ziel, indem es Kindern klare Strategien an die Hand gibt, um sich selbst zu behaupten, sich Hilfe zu holen und anderen mit Respekt zu begegnen. Ziele des Projekts sind:

- Die Kinder entwickeln Selbstbewusstsein und lernen, ihre eigenen Grenzen zu erkennen und zu wahren.
- Sie stärken ihre Konfliktfähigkeit durch altersgerechte, gewaltfreie Kommunikationsstrategien.
- Die emotionale Intelligenz wird gefördert: Kinder lernen, Gefühle wahrzunehmen und empathisch zu handeln.
- Die Kinder werden auf einen sicheren, selbstbewussten Start in die Schule vorbereitet.

Die Workshops finden direkt in den Einrichtungen statt und sind interaktiv, praxisnah und spielerisch aufgebaut. Die Trainerin arbeitet dabei eng mit den Fachkräften zusammen, um die Inhalte nachhaltig in den pädagogischen Alltag zu integrieren. Die Kinder erproben in Rollenspielen und Übungen, wie sie mit schwierigen Situationen sicher umgehen und sich selbst behaupten können. Aufgrund der durchweg positiven Rückmeldungen und der sichtbaren Stärkung der Kinder wird das Projekt auch in den kommenden Jahren fortgesetzt. Es ist damit ein fester Bestandteil der präventiven Arbeit und ein wichtiger Beitrag zur ganzheitlichen Persönlichkeitsentwicklung der betreuten Kinder. Ein wesentlicher Bestandteil des Projekts ist darüber hinaus die Einbindung der Eltern als zweite Zielgruppe. Denn nachhaltige Präventionsarbeit kann nur gelingen, wenn auch das familiäre Umfeld in die Stärkung der Kinder einbezogen wird.

Ergebnis

Das Projekt findet einmal im Jahr, in der Zeit von Februar bis März, statt. Abgeschlossen wird das Projekt durch einen Elternabend mit allen Eltern, Frau Berdick sowie dem Träger. Die Projektziele wurden in vollem Umfang erreicht – dies bestätigen zahlreiche positive Rückmeldungen von Kindern, Erziehern und Eltern.



STOP HATE gUG (haftungsbeschränkt)

Projekt STOP HATE

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Bei dem Projekt „STOP HATE“ handelt es sich um das bundesweit erste und einzige psychosoziale Trainingsprogramm, das sich an diejenigen Menschen richtet, die Hass und Hetze ins Netz oder in soziale Medien bringen. Zielgruppe sind Menschen ab einem Alter von 18 Jahren, die wegen digitaler Gewalt bzw. Hasskriminalität im Internet oder in sozialen Medien durch die „Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität“ (ZIT) der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main an STOP HATE verwiesen werden. STOP HATE führt dabei mit dem Beschuldigten psychosoziale Tätertrainings in digitaler Form durch: In Einzel- bzw. Gruppensitzungen setzen sie sich intensiv mit ihrem Handeln gegenüber den Geschädigten auseinander, übernehmen Verantwortung und entwickeln eine eigene Motivation zu einer langfristigen Verhaltensänderung. Mit Hilfe des Täterprogramms können die Beschuldigten Strategien entwickeln, zukünftig gewaltfrei zu kommunizieren, ohne die Persönlichkeitsrechte und Gefühle Anderer zu verletzen. Die ZIT übernimmt die Zuweisung der Klientinnen und Klienten, holt vorher deren Einverständnis ein und übermittelt relevante Informationen zu den vorgeworfenen Straftaten an STOP HATE. Hierauf nimmt STOP HATE sodann Kontakt auf, führt zwei Vorgespräche, nimmt die Klientinnen und Klienten bei Eignung in das soziale Trainingsprogramm auf und informiert die ZIT über den ordnungsgemäßen Abschluss oder gegebenenfalls die vorzeitige, irreguläre Beendigung des sozialen Trainings. Das soziale Gruppentraining sowie die Einzelgespräche werden vollständig digital durchgeführt. Hierdurch fallen für die Teilnehmenden keine Fahrten an. Ein funktionierender Internetzugang und ein digitales Endgerät mit Kamera und Lautsprecher reichen für die Teilnahme aus. Das Projekt stellt damit eine zielgerichtete Sanktionsalternative dar, die Strafverfolgungsbehörden und Gerichten in Fällen von Hass und Hetze im Internet als Weisung zur Verfügung steht.

Ergebnis

Seit Mai 2023 wurden insgesamt 59 Fälle bearbeitet. Die Bereitschaft der Beschuldigten das Angebot von STOP HATE als Weisung anzunehmen und ordnungsgemäß abzuschließen ist sehr hoch. Bei einem Großteil der Teilnehmenden konnte im Laufe der Gruppenteilnahme eine Verantwortungsübernahme und die Bereitschaft zu einer künftigen Verhaltensänderung beobachtet werden.



Emely-Salzig-Schule Geisenheim

Tiergestützte Schulsozialarbeit zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen bei Grundschülerinnen und Grundschulern

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Das schulische Präventionsprojekt tiergestützter Interventionen im Rahmen der Schulsozialarbeit leistet einen innovativen und nachhaltigen Beitrag zur Gewaltprävention. Die Schulsozialarbeiterin, angestellt bei der Diakonie Hephata e.V., führt das Angebot an der Emely-Salzig-Schule im Rahmen ihrer Tätigkeit als Sozialpädagogin durch und hat einen Kooperationsvertrag mit dem zuständigen Schulamt und Schulträger geschlossen. Ziel des Projektes ist die präventive Förderung von Lebenskompetenzen, die Kinder dazu befähigen, Konflikten selbstständig und gewaltfrei zu begegnen. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung von Empathie, Verantwortungsbewusstsein, Teamfähigkeit und sozialer Sensibilität – Kompetenzen, die als zentrale Schutzfaktoren für eine gesunde psychosoziale Entwicklung gelten. Die tiergestützte Arbeit greift hierbei systematisch in Situationen ein, in denen Kinder Unterstützung im Umgang mit sich selbst und mit anderen benötigen. Tiergestützte Einheiten werden in der Einzelfallhilfe oder in Gruppenformaten angeboten. Das Projekt ist fest im schulischen Alltag integriert und bietet Kindern regelmäßige und strukturierte Begegnungen mit Tieren. Die eingesetzten pädagogischen Begleithunde sowie Achatschnecken dienen als Medium, um emotionale und soziale Lernprozesse anzustoßen. Kinder dürfen die Tiere nicht nur beobachten, sondern auch versorgen und mit ihnen interagieren. Dabei ist der Umgang stets pädagogisch angeleitet und reflektiert. Im Rahmen der Gruppenarbeit liegt der Fokus auf Kooperationsübungen, gegenseitiger Rücksichtnahme und dem Aufbau eines gemeinsamen Verantwortungsgefühls. Das Erlernte kann im Schulalltag eine präventive Wirkung auf das Klassen- und Schulklima entfalten. Im Einzelkontakt werden gezielt Kinder unterstützt, die durch soziale Unsicherheiten, Angst oder geringe Selbstwirksamkeitserwartung auffallen. Die Tiere wirken hierbei als sozialer Katalysator und ermöglichen niederschwellige Beziehungsarbeit.

Ergebnis

Die erste Evaluation des Projektes zeigt eindrucksvolle Ergebnisse: Kinder lernen, sich in die Bedürfnisse und Befindlichkeiten der Tiere hineinzusetzen, was zu einem signifikanten Transfer auf das zwischenmenschliche Verhalten führt. Kinder mit anfänglicher Angst vor den Tieren, zeigen wachsendes Selbstvertrauen, das sich auch in schulischen und sozialen Kontexten zeigt. Die Verbindung von emotionaler Bindung, aktiver Teilhabe und nachhaltiger Kompetenzentwicklung zeigt, wie tiergestützte Sozialarbeit eine effektive und zugleich niedrighschwellige Methode der Primärprävention darstellen kann.



AWO Rheingau-Taunus Soziale Arbeit gGmbH

UN/GLEICH – politische Bildung im Rheingau-Taunus-Kreis

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Anti-Diskriminierungsworkshops für Schüler, Multiplikatoren und Interessierte. UN/GLEICH ist ein Bildungsprojekt der AWO Rheingau-Taunus Soziale Arbeit gGmbH, das seit 2020 Workshops v.a. zu Antidiskriminierung anbietet. Diese Zielgruppen stehen in einem prägenden Lebensabschnitt, in dem sich Wertehaltungen und soziale Kompetenzen entwickeln und gefestigt werden. Gleichzeitig zeigen Studien und Rückmeldungen aus Schulen, dass Diskriminierung, Rassismus und Verschwörungserzählungen im schulischen Alltag zunehmen – häufig unerkannt oder unbehandelt. Ziel ist es daher, Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene sowie Multiplikatoren für Themen wie Ausgrenzung, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu sensibilisieren und zum couragierten Handeln zu ermutigen. Der Workshop „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ wurde gemeinsam mit der Gölkel-Stiftung und der Anne-Frank-Bildungsstätte entwickelt und hat sich seither kontinuierlich weiterentwickelt. Neben Schulen werden inzwischen auch Multiplikatoren im Bildungsbereich angesprochen; ab 2024 sind Angebote in der Erwachsenenbildung hinzugekommen, zudem sind Formate für pädagogische Fachkräfte in Kitas in Planung. Inhalte der Workshops sind u.a. Menschenwürde und Menschenrechte, Diskriminierungsformen, Hate Speech, Verschwörungserzählungen und Argumentationstrainings. Dabei steht neben der Wissensvermittlung vor allem die Stärkung von Empathie und Handlungskompetenz im Fokus. Durch interaktive Methoden, praktische Übungen und Perspektivwechsel werden Teilnehmende ermutigt, sich mit gesellschaftlichen Herausforderungen aktiv auseinanderzusetzen. Die Workshops werden von qualifizierten Teamern durchgeführt, die zuvor eine spezifische Ausbildung durchlaufen. Ziel der gesamten Initiative ist es, durch die praktische Durchführung der Workshops „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ nicht nur Jugendliche und Erwachsene im Umgang mit diesen Themen zu sensibilisieren, sondern auch ein Netzwerk von Schulen, Multiplikatoren und Bürger aufzubauen, das sich sichtbar gegen Diskriminierung, Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Verschwörungserzählungen und für Integration und Teilhabe positioniert.

Ergebnis

Die Zahl dieser Workshops und die Nachfrage steigt permanent: 2023 waren es ca. 320 Teilnehmende und 2024 schon ca. 400 Teilnehmende. Rückmeldungen erfolgen in Form von mündlichem Feedback und Online-Befragungen und fließen regelmäßig in die Weiterentwicklung ein. Die Workshops werden an immer mehr Schulen- und Schulformen im Landkreis durchgeführt und auch wiederholt gebucht. Somit zeigt sowohl die Evaluation als auch die Nachfrage die Aktualität und den Bedarf dieses Präventionsangebot.



Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Das präventive Projekt gegen Rechtsextremismus und für Vielfalt „united“ sensibilisiert Kinder und Jugendliche für Rechtsextremismus, um diesem sowohl präventiv als auch intervenierend entgegenwirken zu können und einen vorurteilsfreien Umgang untereinander zu ermöglichen. In Aktionstagen wird themenbezogenes Wissen vermittelt. Durch partizipatives Theater werden Themen wie „Identität“ und „Umgang mit Populismus“ bearbeitet. Interaktive Theaterstücke zeigen unterschiedliche Formen von fremdenfeindlicher Diskriminierung und verdeutlichen, wo Rassismus beginnt. Durch den zielgruppenorientierten, theaterpädagogischen Ansatz können die Teilnehmenden gemeinsam Lösungsstrategien für herausfordernde Situationen entwickeln und erproben. Die Kombination aus interaktivem Theater und Wissensvermittlung wirkt sich nachhaltig aus und führt durch eine realistische Einbindung von Alltagsproblemen von Jugendlichen in Theaterszenen dazu, dass sich die Teilnehmenden darin wiederfinden und garantiert ein hohes Interesse. Die Methodik ermöglicht einen niedrighwelligen Zugang zu brisanten Themen und begeistert durch spannende Geschichten, die in Modulen ähnlich einer fortlaufenden Serie aufgebaut sind. Das Projekt ist in fünf folgende Module gegliedert: Modul I: Rassismus in den Medien / Social Media; Modul II: Diskriminierung im Schulalltag / Identität; Modul III: Diskriminierung in der Arbeitswelt; Modul IV: Umgang mit Stammtischparolen; Modul V: Eigene Szenen der Teilnehmenden. Jedes Modul umfasst 90 - 180 Minuten. Ein begleitendes E-Learning-Programm unterstützt das Projekt in seiner Nachhaltigkeit während und nach den Aktionstagen. Creative Change steuert mit dem Projekt demokratiefeindlichen und diskriminierenden Einstellungen an Schulen, Jugendzentren und Vereinen (z.B. Sportvereinen) in Hessen entgegen. Durch Aufklärung über rechtsextreme Narrative, Vermittlung demokratischer Werte und Förderung kritischen Denkens wird der Einstieg in extremistische Denkmuster erschwert. Die Teilnehmenden lernen Konfliktlösung, Perspektivwechsel, Kommunikationsfähigkeit, Zivilcourage und demokratisches Handeln. Durch Sensibilisierung und gestärktes Demokratiebewusstsein leisten die Jugendlichen einen Beitrag zu einem respektvollen Miteinander in Schule, Verein und Stadtgesellschaft.

Ergebnis

Die Projektziele von „united“ wurden in hohem Maße erreicht. Die Teilnehmenden konnten durch interaktive, partizipative Methoden ein tieferes Verständnis für die Themen Diskriminierung, Rechtsextremismus, Populismus und Zivilcourage entwickeln. Auch Empathie, Reflexionsfähigkeit und Urteilsvermögen wurden gestärkt. In quantitativer Hinsicht wurden über 2.600 Teilnehmende direkt erreicht. Eine Evaluation erfolgte durch Philipps-Universität Marburg, FB Erziehungswissenschaften.



Inklusives Kinder- und Familienzentrum der Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e.V.

Workstark – Stark durch Sprache

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Das inklusive Kinder- und Familienzentrum betreut Kinder mit unterschiedlichen sprachlichen und kommunikativen Voraussetzungen, darunter Kinder mit und ohne Behinderung, Kinder mit eingeschränkter Lautsprache sowie Kinder, die Deutsch als frühe Zweitsprache erwerben. Auch viele Eltern bringen eine eigene Sprachlernbiografie mit. Diese Vielfalt erfordert barrierearme Kommunikationswege, die Teilhabe für alle ermöglichen. Deshalb wird in der Einrichtung die Unterstützte Kommunikation als zentralen Schwerpunkt gewählt und ein fortlaufendes Projekt entwickelt, das auf die konkreten Bedürfnisse der Kinder und Familien eingeht. Unterstützte Kommunikation bedeutet eine „ergänzende und ersetzende Kommunikation.“ Die Unterstützte Kommunikation bietet Kindern, die nicht oder kaum über Lautsprache verfügen, die Möglichkeit, sich beispielsweise mit Hilfe von Bild- oder Symbolkarten zu verständigen. Alle zur Verfügung stehenden körpereigenen Möglichkeiten, wie Mimik, Gestik, und Gebärden sowie elektronische Hilfsmittel ergänzen den Bereich der Unterstützten Kommunikation. Die Unterstützte Kommunikation dient als Schlüssel zur Prävention. Kinder, die sich ausdrücken können, erleben mehr Selbstwirksamkeit, können Grenzen setzen und sich Hilfe holen. Kommunikation schafft Teilhabe, Sicherheit und Schutz. Prävention beginnt beim Verstehen, Prävention ist inklusiv. Teilhabe, Konfliktvermeidung, Selbstwirksamkeit und Sprachförderung sind Schutzfaktoren – Kinder, die sich mitteilen können, sind weniger gefährdet, Opfer oder Täter zu werden. Denn Kinder, die verstanden werden, können sich selbst besser schützen.

Ergebnis

Das ganze Team verfügt über die notwendigen Kenntnisse zum Thema Unterstützte Kommunikation und setzt sie im pädagogischen Alltag um. Kinder zeigen mehr Ausdrucksfähigkeit, nutzen Kommunikationshilfen aktiv, benennen Gefühle häufiger und wenden sich bei Sorgen an das Team. Ihr Verhalten belegt gestärkte Teilhabe und Selbstwirksamkeit. Mithilfe von Gebärden und Symbolen können die Kinder um Hilfe bitten als auch Grenzen setzen/ kommunizieren. Auch Kinder mit herausforderndem Verhalten/mangelnder Impulskontrolle, profitieren von dem Projekt können sich in Konfliktsituation darüber mitteilen, wobei sich der unaufgeregte Umgang als hilfreich erwiesen hat.



Stadt Wiesbaden – Dezernat für Smart City, Europa und Ordnung

Zukunftswerk

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Das Zukunftswerk ist ein innovatives Projekt der Landeshauptstadt Wiesbaden, das sich der Förderung digitaler Teilhabe und Medienkompetenz für Bürger aller Altersgruppen widmet. Ziel ist es, Menschen – unabhängig von Alter oder Vorwissen – in die Lage zu versetzen, sich sicher, souverän und selbstbestimmt in der digitalen Welt zu bewegen. Das Angebot richtet sich daher gleichermaßen an junge Menschen, Erwachsene sowie Senioren und greift aktuelle Themen wie Künstliche Intelligenz im Alltag, digitale Selbstbestimmung und smarte Bürgerservices auf. In praxisorientierten Workshops, Schulungen und offenen Formaten werden konkrete digitale Kompetenzen vermittelt – zum Beispiel der sichere Umgang mit Smartphones, die Nutzung digitaler Verwaltungsdienste oder der kritische Umgang mit KI-basierten Tools wie ChatGPT. Das Projekt fördert zudem die Vernetzung lokaler Akteure aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Bildungseinrichtungen. Vereine und Ämter können die innovative Fläche des Zukunftswerks als Veranstaltungs- und Begegnungsort für eigene Formate nutzen. Ergänzt wird das Angebot durch Co-Working-Plätze und Technik wie interaktive Videowalls und digitalen Zwilling, die das gemeinsame Lernen unterstützen. Das Projekt verfolgt mehrere zentrale Ziele:

- Förderung der digitalen Teilhabe: Menschen aus verschiedenen Altersgruppen sollen in die Lage versetzt werden, die Chancen und Möglichkeiten der digitalen Welt sicher zu nutzen.
- Sensibilisierung für digitale Risiken: Besonders im Bereich der Sicherheit im Netz sollen die Teilnehmenden für Risiken wie Cyberkriminalität, Datenmissbrauch und Phishing sensibilisiert werden.
- Stärkung der Medienkompetenz: Das Projekt fördert die Fähigkeit, digitale Informationen kritisch zu hinterfragen und sicher im Umgang mit digitalen Tools zu agieren.
- Förderung der digitalen Integration: Das Projekt trägt zur Schaffung einer inklusiveren digitalen Gesellschaft bei, indem es Menschen mit geringer Medienkompetenz den Zugang zur digitalen Welt erleichtert.

Das Projekt ist als mehrmoduliges Bildungsangebot konzipiert. Es umfasst aktuell 16 Smartphone-Kurse, die grundlegende digitale Kompetenzen vermitteln, sowie zwei Pilot-Workshops zum Thema Künstliche Intelligenz (KI). Bei entsprechendem Interesse und positiver Resonanz ist eine Fortsetzung und Erweiterung der KI-Workshops geplant. Ziel ist es, ein nachhaltiges Lernangebot aufzubauen, das auf unterschiedliche Zielgruppen abgestimmt ist und sich flexibel weiterentwickeln lässt.

Ergebnis

Obwohl das Projekt erst seit wenigen Monaten läuft, wurden bereits bedeutende Fortschritte erzielt. Es haben zahlreiche Workshops zum Thema digitale Teilhabe und Sicherheit im Netz stattgefunden, die erfolgreich durchgeführt wurden. Diese Workshops haben es den Teilnehmenden ermöglicht, ihre digitalen Kompetenzen zu erweitern und ein besseres Verständnis für die Gefahren im Internet zu entwickeln.

○ 2. Bemühungen zur bundesweiten Implementierung des Gedankens der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention

Neben der Unterstützung der kommunalen Kriminalprävention hat die Sachverständigenkommission ihre Bemühungen zur bundesweiten Implementierung des Gedankens der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention wie auch in den vergangenen Jahren weitergeführt.

Dies geschah durch die ständige Mitarbeit im Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) und die fortlaufende Unterstützung des Deutschen Präventionstages (DPT) sowie durch die Beteiligung am bundesweiten Austausch von Präventionsideen im Rahmen des Treffens der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsräte, Vertreterinnen und Vertreter der Stiftung Deutsches Forum Kriminalprävention (DFK), des Deutschen Präventionstages und von ProPK.

Durch die fortlaufende Beteiligung an diesen Treffen konnte der sinnvolle Informationsaustausch, der sowohl die theoretischen Grundlagen als auch die praktischen Präventionsarbeiten betraf, aufrechterhalten werden. Dabei standen neue kriminalpräventive Konzepte zur Sicherheit im öffentlichen Raum, sozialpsychologische Aspekte der Sicherheitswahrnehmung sowie die Frage nach wirksamen Ansätzen zur Reduzierung von Angsträumen im Fokus der Betrachtungen. Ebenso konnten empirische Befunde zu den Einflussfaktoren auf Sicherheitsgefühl & Lebensqualität gesammelt und erörtert werden. Deutlich wurde, dass erfolgreiche Prävention keine standardisierten Lösungen kennt, sondern kontextbezogene, vernetzte und partizipative Maßnahmen erfordert.



Die Vorsitzende Frau Kreis nahm an der Kuratoriumssitzung des DFK am 20. November 2024 im Statistischen Bundesamt Wiesbaden und zuletzt am 17. November 2025 im Bundesministerium des Innern teil. Dort standen personelle und inhaltliche Weichenstellungen für die zukünftige Arbeit des DFK im Mittelpunkt. Dr. Stefanie Hubig, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, übernahm turnusgemäß die Präsidentschaft des Kuratoriums. Inhaltlich wurde die Bedeutung evidenzbasierter Kriminalprävention hervorgehoben. Besondere Aufmerksamkeit galt der weiteren Stärkung der „starken Stelle“ zur Unterstützung kommunalpolitisch Engagierter sowie der Vorstellung und Einordnung des Präventionsansatzes „Communities That Care“ (CTC), der auf eine langfristige, datengestützte Förderung von Prävention in Kommunen abzielt. Der Hessische Minister der Justiz Christian Heinz ist Mitglied des Kuratoriums des DFK und wirkt so an der Durchsetzung der präventiven Ideen auf Bundesebene mit.



Der Landespräventionsrat präsentierte sich beim 29. Deutschen Präventionstag am 10./11. Juni 2024 in Cottbus als auch auf dem 30. Deutschen Präventionstag am 23./24. Juni 2025 in Augsburg. Der DPT zählt zu den größten Jahreskongressen in Deutschland im Bereich Gewalt- und Kriminalprävention und dient dem fachlichen Austausch sowie der Entwicklung von Präventionsstrategien.

Der Schwerpunkt des 29. Deutschen Präventionstags 2024 in Cottbus war das Thema „Sicherheit im Wandel“. Dabei ging es vor allem darum, zu reflektieren, was Sicherheit heute bedeutet und vor welchen neuen Herausforderungen die Präventionsarbeit steht – z. B. durch gesellschaftliche, demografische und technologische Entwicklungen sowie neue Formen von Kriminalität, insbesondere im digitalen Raum. Der besondere Schwerpunkt des 30. Deutschen Präventionstags 2025 in Augsburg lag auf dem Thema „Prävention und gesellschaftlicher Frieden“ – und zwar in einer deutlich weiter gefassten und integrativen Weise als in früheren Jahren. Der Kongress rückte nicht nur klassische Gewalt- und Kriminalprävention in den Mittelpunkt, sondern betrachtete gesellschaftlichen Frieden als übergreifendes Ziel präventiver Arbeit – also die Förderung eines friedlichen Zusammenlebens in kulturell vielfältigen und demokratischen Gesellschaften.



In den beiden Jahren war der Landespräventionsrat Hessen (LPR) mit einem Informationsstand auf dem Kongress präsent, um dort seine Aufgaben, Arbeitsfelder und Präventionsarbeit vorzustellen. Auch eine Vielzahl weiterer hessischer kriminalpräventiver Projekte waren dort vertreten und erlangten bundesweite Aufmerksamkeit. Als Zielgruppen spricht der Deutsche Präventionstag alle Verantwortlichen und Aktiven der Prävention an, insbesondere aus Fachorganisationen, Gesundheitswesen, Justiz, Kinder- und Jugendhilfe, Kirche, Kommunen, Medien, Politik, Polizei, Präventionsgremien, Schulen, Sport, Stiftungen, Verbänden, Wirtschaft und Wissenschaft. Der DPT ist somit nicht nur ein Fachkongress, sondern eine der wichtigsten Plattformen für Vernetzung in der Gewalt- und Kriminalprävention in Deutschland.

3. Beratung der Hessischen Landesregierung

Zweck und Ziel der Sachverständigenkommission ist es, die Voraussetzungen für eine sachliche und vorurteilsfreie öffentliche Diskussion über wirksame Kriminalitätsvorbeugung zu schaffen. Auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie praktischer Erfahrungen mit Präventionsstrategien und -konzepten entwickelt sie Impulse für Forschung und Praxis, analysiert aktuelle Kriminalitätsslagen und bewertet diese im Hinblick auf geeignete präventive Maßnahmen. Die Sachverständigenkommission versteht sich als unabhängiges Beratungsgremium der Landesregierung. Sie unterbreitet Vorschläge, formuliert Empfehlungen und begleitet aktuelle rechtspolitische Entwicklungen mit fachlicher Expertise. Im Berichtszeitraum ist sie diesem Auftrag in besonderem Maße nachgekommen, indem sie bestehende Maßnahmen fortentwickelt, neue Präventionsansätze initiiert und geplante Vorhaben der Landesregierung fachlich bewertet hat.

In der Arbeitsgruppe „Gewalt im häuslichen Bereich“ stand insbesondere die Umsetzung der Istanbul-Konvention im Fokus. Nachdem am 15. Dezember 2022 der durch die Arbeitsgruppe „Gewalt im häuslichen Bereich“ vorgelegte Entwurf des 3. Aktionsplans des Landes Hessen zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich durch das Landeskabinett unverändert beschlossen wurde, lag der Schwerpunkt im Berichtszeitraum auf der weiteren Umsetzung und strategischen Verzahnung der Maßnahmen. Dazu wurde im Jahr 2025 eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Ressorts Inneres, Soziales und Justiz eingerichtet. Ziel ist die konsequente Umsetzung der Vorgaben der Istanbul-Konvention sowie die Weiterentwicklung ressortübergreifender Präventions- und Interventionsstrukturen. Die mit dem Präventionsthema „Gewalt im häuslichen Bereich“ verbundene Thematik wurde zudem durch das Frauensicherheitspaket der Hessischen Landesregierung aufgegriffen, das insbesondere auf die Bekämpfung häuslicher Gewalt und die Verbesserung des Opferschutzes ausgerichtet ist. Die Sachverständigenkommission hat hierzu Bewertungen und Empfehlungen zu angedachten präventiven Maßnahmen abgegeben und dabei insbesondere auf nachhaltige Strukturverbesserungen, interdisziplinäre Zusammenarbeit und frühzeitige Interventionsansätze hingewirkt.

Der durch die AG „Gewaltprävention im öffentlichen Raum bei Kindern und Jugendlichen“ initiierte landesweite Schülerwettbewerb „Influencerinnen und Influencer für unsere Demokratie gesucht!“, der in Kooperation zwischen dem Hessischen Kultusministerium und dem Hessischen Justizministerium durchgeführt wurde hatte das Ziel, junge Menschen zu ermutigen, sich kreativ und medienwirksam mit demokratischen Werten, Respekt und gewaltfreiem Miteinander auseinanderzusetzen. Die prämierten Beiträge können hessenweit im schulischen Kontext durch Pädagoginnen und Pädagogen als Lehrmittel im Rahmen der Demokratieförderung eingesetzt werden. Damit wurde ein nachhaltiger Beitrag zur Stärkung demokratischer Kompetenzen sowie zur Prävention von Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geleistet.

Auch die Arbeitsgruppe „Kinderschutz“ wirkte maßgeblich an der Überarbeitung des Landesaktionsplans zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt mit. Der überarbeitete Aktionsplan, der am 25. Juli 2023 durch das Kabinett beschlossen wurde, bildet weiterhin die strategische Grundlage für Prävention, Intervention und Nachsorge in diesem besonders sensiblen Bereich. Ein bedeutender Fortschritt war die Etablierung des ersten Hessischen Childhood-Hauses in Frankfurt am Main, das Ende 2023 eröffnet wurde. Es ist als interdisziplinäres Kinderschutzzentrum an dem Universitätsklinikum Frankfurt eingerichtet und ist derzeit die einzige Einrichtung dieser Art in Hessen. Dort arbeiten

Jugendamt, Polizei, Justiz und Medizin eng zusammen, um Kindern und Jugendlichen, die von Gewalt betroffen sind, eine koordinierte und möglichst belastungsarme Unterstützung zu bieten. Ziel ist es, Mehrfachbefragungen zu vermeiden, Abläufe zu bündeln und den Opferschutz nachhaltig zu stärken. Ein zweites Childhood-Haus ist für Kassel geplant. Der konkrete Zeitpunkt der Inbetriebnahme steht jedoch noch nicht fest.

Die Arbeitsgruppe „Gewalt und Minderheiten“ war im Berichtszeitraum von dem grundlegenden Auftrag getragen, der Sachverständigenkommission mögliche Präventionsmaßnahmen und -konzepte vorzulegen, die in eine Beratung der Hessischen Landesregierung münden können. In den fachlichen Diskussionen sowie vor dem Hintergrund der vielfältigen beruflichen Erfahrungen der AG-Mitglieder wurde deutlich, dass eine tolerante und gewaltfreie Gesellschaft maßgeblich durch eine bewusste, kontinuierliche Präventionsarbeit in den Regionen und Kommunen Hessens gefördert werden kann. Dabei wurden insbesondere Kinder und Jugendliche in den Fokus genommen. Die Arbeitsgruppe gelangte zu der Einschätzung, dass durch eine gezielte Stärkung demokratischer Kompetenzen, Empathiefähigkeit und friedlicher Werthaltungen eine langfristig gewaltreduzierende und solidarische gesellschaftliche Entwicklung angestoßen werden kann. Vor diesem Hintergrund ist vorgesehen, ein konzeptionelles Eckpunktepapier für eine Landeskampagne unter dem Titel „Jugend lebt Demokratie“ zu erarbeiten und dem Landespräventionsrat zur weiteren Befassung vorzulegen. Ziel der Kampagne ist es, bestehende Initiativen zu bündeln, neue Impulse zu setzen und demokratische Resilienz nachhaltig zu stärken.

Die Arbeitsgruppe „Suchtprävention“ nahm mit Blick auf das mit Wirkung vom 1. April 2024 in Kraft getretene Cannabisgesetz mögliche Aufgabenstellungen bei der Umsetzung des Gesetzes in den Fokus. Dabei wurden insbesondere die sich aus dem Gesetz ergebenden Anforderungen an Prävention, Aufklärung und Beratung erörtert, vor allem im Hinblick auf den ausdrücklich normierten Auftrag zur Stärkung der Suchtprävention. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie bestehende Präventionsstrukturen in Hessen weiterentwickelt und zielgruppenspezifische Angebote – insbesondere für Kinder und Jugendliche – angepasst beziehungsweise ausgebaut werden können. Darüber hinaus befasste sich die Arbeitsgruppe Anfang 2025 mit der aktuellen Situation zum Thema „Fentanyl“. Vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen und einer erhöhten Sensibilisierung für hochpotente synthetische Opioide wurden Risiken, mögliche Gefährdungslagen sowie präventive Handlungsoptionen für Hessen erörtert. Dabei standen sowohl frühzeitige Aufklärung als auch die Vernetzung von Suchthilfe, Gesundheitswesen und Sicherheitsbehörden im Vordergrund. Gegenstand der Erörterung war zudem die Frage der Schaffung einer Rechtsverordnung des Landes Hessen zum Thema Drug-Checking gemäß § 10b Abs. 2 Satz 1 des Betäubungsmittelgesetz. In diesem Zusammenhang wurden rechtliche, fachliche und organisatorische Rahmenbedingungen möglicher Modellvorhaben diskutiert. Die Arbeitsgruppe signalisierte gegenüber den zuständigen Vertreterinnen und Vertretern der Landesressorts ihre Bereitschaft, sich in inhaltliche Fragen der Rechtssetzung beratend einzubringen und ihre fachliche Expertise in den weiteren Abstimmungsprozess einzubringen.

Im Berichtszeitraum hat die Sachverständigenkommission ihre beratende und impulsgebende Funktion gegenüber der Landesregierung umfassend wahrgenommen. Sie hat zentrale Präventionsfelder – insbesondere häusliche Gewalt, Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen, Sucht sowie Kinderschutz – fachlich begleitet und weiterentwickelt. Die Arbeit verdeutlicht, dass wirksame Kriminalitätsprävention eines ressortübergreifenden, wissenschaftlich fundierten und langfristig angelegten Ansatzes bedarf. Mit der geplanten Initiative „Jugend lebt Demokratie“ wird dieser Ansatz konsequent fortgeführt.

○ 4. Botschafter

Die Idee der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention ist durch die Botschafter des Landespräventionsrates Sebastian Rode und Asli Bayram weitervermittelt worden. Beide Botschafter nahmen regelmäßig Termine wahr, wobei bei diesen oft jugendbezogene Projekte im Vordergrund standen. Wie bereits in der Vergangenheit brachten sich beide Botschafter auch in die gesellschaftliche Debatte ein.

Sebastian Rode, ehemaliger deutscher Fußballspieler, der seine Karriere 2024 bei Eintracht Frankfurt beendete, wo er auch Kapitän war und 2022 die Europa League gewann, hat bei öffentlichen Terminen wie bereits in der Vergangenheit immer wieder für einen respektvollen und gewaltfreien Umgang miteinander, insbesondere bei Jugendlichen, geworben.

Am 13. Mai 2024 besuchte der Präventionsbotschafter des Landespräventionsrates Sebastian Rode die Einrichtung Sprungbrett e.V. in Hanau. Der Verein bietet im Rahmen der Jugendhilfe im Strafverfahren neben dem Sozialen Trainingskurs (STK) auch ein Soziales Kompetenztraining mit dem Projekt „Schule des Respekts“ an. Das durch das Hessische Justizministerium geförderte Projekt „Schule des Respekts“ wurde als frühzeitige und kriminalpräventive Interventionsform speziell für die Jugendlichen entwickelt, die erstmals mit einer Straftat im Bereich Gewalt auffallen.

Der Präventionsbotschafter des Landespräventionsrat Sebastian Rode hat auch am Vorabend seines letzten Bundesligaspiels Zeit gefunden bei der Eröffnung des Germany Cups am 17. Mai 2024 auf der Sportanlage der SG Ober-Erlenbach mit seiner Anwesenheit für die Kriminalprävention zu werben und damit ein deutliches Zeichen für Fairplay gesetzt.

Als prominenter Botschafter des Landespräventionsrates begleitete Sebastian Rode am 23. Januar 2025 das „Prof. Dr. Fünfsinn Gedächtnisturnier“, das in der JVA Rockenberg stattfand. Er betonte die präventive und resozialisierende Wirkung des Fußballs. So sei im Sport wie im richtigen Leben die Einhaltung von Regeln und Grenzen die Grundlage für ein gedeihliches Miteinander.

Die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main und dem Hessischen Fußball-Verband e.V. (HFV) am 7. April 2025 wurde von der Antisemitismusbeauftragten der Hessischen Justiz und Vorsitzenden des Landespräventionsrates, Christina Kreis, sowie dem Botschafter des Landespräventionsrates und ehemaligen Frankfurter Bundesligaprofi Sebastian Rode sowie Bundesligaschiedsrichter Tobias Welz (FC Bierstadt) begleitet und unterstützt. Rode und Welz werden als Paten die mit der Kooperation verbundenen Anliegen nach außen vertreten.

Zur Eröffnung der Hallenfußballturniere für Jugendliche in Georgenhausen/ Zeilhard, die unter dem Motto „Vielfalt-Toleranz – Respekt Gebt Rassismus keine Chance! in den Jahren 2024 und 2025 stattfanden, wurden Grußworte von Sebastian Rode verlesen.

5. Internet

Der Landespräventionsrat ist seit 26. April 2004 online.

Unter www.landespraeventionsrat.hessen.de können neben Informationen zum Landespräventionsrat selbst auch solche zu allen Arbeitsgruppen, den örtlichen Präventionsgremien, zu verschiedenen Terminen, Veranstaltungen und Wettbewerben abgerufen werden. Weiterhin finden sich auf der Internetseite Links zu anderen Präventionsgremien auf Bundes- und Länderebene.

B. ARBEITSGRUPPE „GEWALT UND MINDERHEITEN“

Liste der Mitglieder:

Vorsitz:

Swen Eigenbrodt

Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und für Heimatschutz

Geschäftsführung:

Thomas Lorenz (bis 2024)

Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und für Heimatschutz

Ute Riede (seit 2025)

Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und für Heimatschutz

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder:

Denny, Marion

Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT)

Eryilmaz, Hüsamettin

Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen

(Aboutara, Samer, Vertretung)

Georgy, Dr. Philipp

*Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat –
Strafrechtsabteilung*

Gutmark, Dr. Jakob

Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen

Isser, Siegfried / Ott, Brigitte

LandesFrauenRat

Lipsch, Andreas

*Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche in
Hessen und Nassau*

Michna, Dr. Hans-Achim

*Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und
Soziales - Integrationspolitik*

Mokhtari, Mimoun

*Hessisches Landeskriminalamt,
Landesmigrationsbeauftragter*

Ruder, Tim

Hessischer Landkreistag

Snella, Pia

Hessische Landeszentrale für politische Bildung

(Adamou, Nana Djamila, Vertretung)

Tepe, Nadine

Medienanstalt Hessen

Tolksdorf, Klaus Jürgen

Hessischer Jugendring, Sportjugend Hessen

VU, Giang

*Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und
Soziales*

Zelege, Miriam

*Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und
Soziales – Landesbeauftragte für Beteiligung und
Förderung von Kindern und Jugendlichen*

Die Arbeitsgruppe tagte am 15. Februar 2024, am 9. Dezember 2024, am 08. Mai 2025, am 20. August 2025 und am 26. November 2025.

Im Dezember 2024 fand die Sitzung der AG Gewalt und Minderheiten in der Jüdischen Gemeinde in Wiesbaden, zu dem Thema „Friedfertigkeit einer Gesellschaft und Schlüsselfunktion der Kinder und Jugend in einer Gesellschaft“ statt. Die jüdische Gemeinde stellte ihre vielfältigen Aufgabenbereiche, wie soziale Tätigkeiten, Ausstellungen und Gedenktage vor. Thematisiert wurde ebenfalls der Antisemitismuserlass des Hessischen Ministeriums für Kultus, Bildung und Chancen, welcher die Meldepflicht für antisemitische Vorfälle an Schulen regelt. Dabei wurde die Einrichtung von Netzwerklotsen „Antisemitismus- / Extremismusprävention“ behandelt. Ein Ziel der Einrichtung von Netzwerklotsen ist, diese pädagogisch fortzubilden, um unter anderem auch erste Anzeichen von Radikalisierung und extremistisch motiviertem Verhalten erkennen zu können. Es konnten weitere 45 Lehrkräfte für das Programm gewonnen werden. In der AG Gewalt und Minderheiten soll sich weiter mit dem Thema „Friedfertigkeit einer Gesellschaft und Schlüsselfunktion der Kinder und Jugend in einer Gesellschaft“ befassen und dabei gemeinsam erarbeitet werden, mit welchen Mitteln eine Bewusstseinsentwicklung im Hinblick auf Rassismus und Antisemitismus erreicht werden kann. Es wird sich über mögliche Maßnahmen ausgetauscht werden, welche die AG der Landesregierung empfehlen kann, damit Minderheiten weiterhin in Hessen in Frieden und Sicherheit leben können. Eine Schlüsselfunktion stellen hierbei Kinder und Jugendliche in unserer Gesellschaft dar, da sie diese zukunftsweisend formen und prägen. Sie wachsen mit Gewalt und dem Recht des Stärkeren auf und das Mitführen von Messern wird unter Kindern und Jugendlichen als normal empfunden und gesellschaftlich akzeptiert. Eine intensive Betrachtung wird hinsichtlich des Aspekts einer größtmöglichen und niedrigschwelligen Zielgruppenerreichung erfolgen.

Die Arbeit der AG war im Kalenderjahr 2025 von dem grundständigen Auftrag getragen, der Sachverständigenkommission (Landespräventionsrat) mögliche Präventionsmaßnahmen oder -konzepte vorzulegen, die in einer Beratung der Hessischen Landesregierung münden könnten.

In der fachlichen Diskussion innerhalb der AG sowie aufgrund der vielfältigen Erfahrungen der AG-Mitglieder in ihren originären Tätigkeiten kristallisierte sich heraus, dass eine tolerante und gewaltfreie Gesellschaft – mithin eine Gesellschaft, die den Schutz für gesellschaftliche Minderheiten aus sich selbst heraus realisiert – über eine bewusste Präventionsarbeit in den Regionen und Kommunen in Hessen erreicht werden könnte. Und hier scheinen Kinder und Jugendliche jene Zielgruppe zu sein, die durch positive Veränderung oder Stärkung ihrer demokratischen und friedfertigen Überzeugungen mittelfristig eine gewaltreduzierende und zugewandte Veränderung der Gesellschaft bewirken könnten.

Zielvorstellung ist eine Gesellschaft, die sich unterhakt und Minderheiten Schutz und Solidarität bietet. Eine Schlüsselfunktion haben hierbei unsere Kinder und Jugendliche. Rassismus und Extremismus kann auch ein Produkt von Erziehung sein. Die Hoffnung ist, durch Prägung und den richtigen Umgang mittelfristig eine Verbesserung im gesellschaftlichen Miteinander zu erreichen.

Ein wirksames prägendes Momentum könnte das zielorientierte Zusammenwirken von kommunaler Verwaltung, Schulen, Vereinen und den Peergroups sein.

Folgende Themen / Arbeitsfelder wurden als vielversprechend identifiziert:

- Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an demokratischen Prozessen und Entscheidungen der Kommune und seiner Instanzen
- Stärkung der Antisemitismusprävention
- Ausbau von Möglichkeiten positiver Wirksamkeitserfahrungen für Kinder und Jugendliche
- Ausbau der positiven Vorbildfunktion von Eltern und weiteren Erwachsenen
- Möglichkeiten der Ganztagschule für demokratiefördernde Pädagogik nutzen
- Einschränkung des legalen Waffenbesitzes
- Konsequentes Umsetzen der waffenrechtlichen Gesetze
- Ausbau der Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gleichermaßen
- Mittel- und Ressourcensteigerung auf kommunaler Ebene, um den Herausforderungen begegnen zu können
- Steigerung der Kompetenz und der Präsenz des Staates insbesondere in den Sozialen Medien
- Steigerung der Ressource auf Seiten der polizeilichen Jugendarbeit
- Ausbau und zielorientiertes Nutzen der Initiative KOMPASS

In Anbetracht der Möglichkeiten und Grenzen der AG entschieden sich die Mitglieder des Gremiums für ein schrittweises Betrachten der genannten Arbeitsfelder.

Ein erster Fokus soll nun auf

- Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an demokratischen Prozessen und Entscheidungen der Kommune und seiner Instanzen

gelegt werden. Hierin sieht die AG eine besondere Wichtigkeit.

In dieser Absicht erarbeitete die AG in seiner letzten Sitzung die Leitplanken einer möglichen landesweiten Kampagne unter dem Namen

- Jugend lebt Demokratie

Die Hessische Landesregierung könnte mittels eines Kabinettsbeschlusses den Landespräventionsrat als Dachgremium mit der Umsetzung der landesweiten Kampagne beauftragen. Die AG Gewalt und Minderheiten könnte mit der Geschäftsführung der Kampagne betraut werden. Der Landespräventionsrat könnte sich um eine werbewirksame Schirmfrau oder Schirmherr der Kampagne bemühen.

Die Kampagne gliedert sich in drei Elemente.

- Das Fundament Kommunalverwaltung
 - o Kinder- und Jugendparlamente
 - o Beteiligung und Wirksamkeit

- Die Säule Ganztagsschule
 - o Lebendige Demokratie am Nachmittag
 - o Erleben und Vorleben

- Die Säule Sportvereine
 - o Fairer Wettstreit
 - o Sportlich siegt die Demokratie

Das folgende Schaubild verdeutlicht die Struktur.



Im Kalenderjahr 2026 ist geplant, ein konzeptionelles Eckpunktepapier zu diesem Entwurf einer Landeskampagne „Jugend lebt Demokratie“ zu fertigen und dem Landespräventionsrat zur weiteren Befassung vorzulegen.

○ C. Arbeitsgruppe „GEWALT IM HÄUSLICHEN BEREICH“

Liste der Mitglieder

Vorsitzende:

Prof. Dr. Margrit Brückner,
Frankfurt University of Applied Sciences

Prof. Dr. Martina Ritter,
Hochschule Fulda

Geschäftsführer

Michael Achtert,
Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Arnold, Silke	<i>Deutscher Kinderschutzbund</i>
Calmano, Michael	<i>Diakonisches Werk Main-Taunus</i>
Eriksson, Melanie	<i>Hessischer Landkreistag</i>
Finger, Lara	<i>Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser in Trägerschaft</i>
Habdank, Alexandra	<i>Hessisches Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung</i>
Karker, Lisa	<i>Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz</i>
Klein, Christine	<i>Hessischer Städte- und Gemeindebund</i>
Knecht, Mirjam	<i>Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales</i>
Meier, Tina	<i>Landesarbeitsgemeinschaft der autonomen Frauenhäuser</i>
Mertel, Simone	<i>Landesarbeitsgemeinschaft hessischer Frauen- und Gleichstellungsbüros</i>
Müller, Melanie	<i>Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz</i>
Nottbohm, Kristina	<i>Liga der Freien Wohlfahrtspflege Hessen</i>
Schlegel, Sabine	<i>JUKO Marburg e.V.</i>
Steinert, Julia	<i>Landesarbeitsgemeinschaft Beratungs- und Interventionsstellen</i>
Dr. Stephan, Juliane	<i>Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales</i>
Wilhelm, Oliver	<i>Pro familia Darmstadt</i>

Die Arbeitsgruppe tagte am 10. März 2025, 4. April 2025, 15. April 2025, 8. Juli 2025 sowie am 18. November 2025.

Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Mitgliedern derjenigen Fachgruppen zusammen, die durch den Landesaktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich im Sinne von Partnerschaftsgewalt adressiert werden. Die Expertinnen und Experten bringen ihr jeweiliges Fachwissen ein, beraten die Landesregierung und unterstützen damit insbesondere auch die Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt.

Im Jahr 2025 hat die Arbeitsgruppe ihre Arbeit kontinuierlich fortgeführt und insgesamt fünf Sitzungen durchgeführt. Darüber hinaus fand im Dezember der Große Fachtag der Runden Tische in einem neuen Format statt, an dem rund 150 Gäste teilnahmen und der maßgeblich durch die Mitglieder der Arbeitsgruppe organisiert wurde. Der Fachtag stand unter dem Leitthema „Erkennen von und Umgang

mit Hochrisikofällen“ und setzte damit einen inhaltlichen Schwerpunkt auf den professionellen Umgang mit besonders gefährdeten Betroffenen häuslicher Gewalt.

Inhaltlich konzentrierte sich die Arbeit der Arbeitsgruppe im Berichtszeitraum insbesondere auf das Gewalthilfegesetz, den Einsatz elektronischer Aufenthaltsüberwachung (Fußfessel) in Fällen häuslicher Gewalt sowie auf Fallkonferenzen. Das Gewalthilfegesetz zielt darauf ab, den Schutz von Betroffenen häuslicher Gewalt zu verbessern und bestehende Hilfsangebote sowie Unterstützungsstrukturen weiter auszubauen und rechtlich abzusichern. Die elektronische Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) dient der Kontrolle und Prävention von Wiederholungstaten, indem Aufenthaltsvorgaben überwacht und Schutzanordnungen technisch flankiert werden. Besonders prägend für die Sitzungen war der intensive fachliche Austausch zum neuen Gewalthilfegesetz. Das federführende Hessische Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales begleitete diesen Prozess eng und informierte die Arbeitsgruppe regelmäßig über den jeweiligen Sachstand.

Im Jahr 2025 hat die Arbeitsgruppe zudem Unterarbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit der vertieften Bearbeitung spezifischer Themen des Landesaktionsplans befassen und diese Arbeit fortführen sollen. Daran anknüpfend wurde 2025 eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Hessischen Ministeriums des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz, des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales sowie des Hessischen Ministeriums der Justiz und für den Rechtsstaat eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe wird sich sowohl mit der weiteren Umsetzung des Landesaktionsplans als auch mit der Umsetzung der Istanbul-Konvention befassen. Damit wurde die ressortübergreifende Zusammenarbeit strukturell gestärkt und die Umsetzung der völkerrechtlichen Verpflichtungen auf Landesebene weiter systematisiert.

Im Jahr 2026 wird die Arbeitsgruppe des Landespräventionsrates einen Schwerpunkt darauf legen, sich einen vertieften Überblick über die Zusammensetzung der lokalen Runden Tische zur Bekämpfung häuslicher Gewalt zu verschaffen. Ziel ist es, Transparenz hinsichtlich der vertretenen Institutionen und Professionen herzustellen sowie mögliche Unterschiede in Struktur und Arbeitsweise systematisch zu erfassen.

Zugleich soll der fachliche Austausch zwischen der Arbeitsgruppe und den Runden Tischen weiter intensiviert und strukturell gestärkt werden. Auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse wird geprüft, ob und in welcher Form Empfehlungen zur personellen Zusammensetzung der Runden Tische entwickelt werden können, um eine möglichst ausgewogene, vergleichbare und fachlich breit aufgestellte Beteiligung sicherzustellen. Dabei soll insbesondere berücksichtigt werden, dass alle für die Bekämpfung häuslicher Gewalt relevanten Akteurinnen und Akteure angemessen eingebunden sind.

○ D. Arbeitsgruppe „PRÄVENTION FÜR ÄLTERE MENSCHEN“

Leider konnte die Arbeitsgruppe bislang ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen, da die designierte Vorsitzende auf Grund einer Erkrankung ihre neue Aufgabe nicht beginnen konnte. Sie steht aus gesundheitlichen Gründen für diese Aufgabe zukünftig auch nicht mehr zur Verfügung. Derzeit laufen die Bemühungen zur Wiederbesetzung des Vorsitzes dieser wichtigen Arbeitsgruppe. Zuletzt wurden die Themen Einrichtung eines/einer Landespflegebeauftragten in Hessen sowie Gewaltprävention in der Pflege dort bearbeitet. Im Rahmen der Kriminalprävention für Senioren sind die Aufklärung über Enkeltrick, Schockanrufe und Trickbetrug sicherlich auch essentielle Themen, die das Sicherheitsgefühl älterer Menschen stärken können.

○ E. Arbeitsgruppe „JUGENDKRIMINALITÄT“

Liste der Mitglieder

Vorsitzende:	Kerstin Reckewell <i>Ltd. Oberstaatsanwältin, Staatsanwaltschaft Darmstadt</i>
Geschäftsführer:	Dr. Philipp Georgy <i>Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat</i>

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder:

Besirovic, Saskia	Jugendamt Bad Homburg v. d. H.
Borngässer, Julia	<i>Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat (Abteilung für Justizvollzug)</i>
Dobin, Dr. Axel	<i>Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales</i>
Hülshorst, Andrea	<i>Amtsgericht Kirchhain</i>
Klose, Simone	<i>Hessisches Landeskriminalamt</i>
Ristau, Ulrike	<i>Rechtsanwältin</i>
Zinke, Susanne	<i>DVJJ Hessen/Präventionsrat Kassel</i>

Die Arbeitsgruppe tagte am 26.4.2024, 22.11.2024, 15.5.2025 und 19.9.2025

Die Arbeitsgruppe Jugendstrafrecht hat sich im Frühjahr 2024 mit dem Stand des Gesetzgebungsverfahrens zum Cannabisgesetz und möglichen Auswirkungen auf das Jugendstrafverfahren beschäftigt. Im Fokus standen dabei die für Jugendlichen einschlägigen Neuregelungen etwa der Unterrichtungspflicht der Polizeibehörden gegenüber der Jugendhilfe in Fällen der gewichtigen Kindeswohlgefährdung (§ 7 Abs. 2 KCanG) oder zum Umgang mit rechtswidrigem, jedoch straflosem Besitz von Cannabis zum Eigenkonsum durch Kinder und Jugendliche. Besondere Schwierigkeiten wurden für Sachverhalte festgestellt, bei denen Jugendliche unter Geltung des vormaligen Recht und damit unter dem „Damoklesschwert“ des Strafverfahrens bereit waren, Suchtberatungsangebote in Anspruch zu nehmen. Mögliche Entwicklung in dieser Hinsicht, gerade bei antriebsarmen Jugendlichen und unzureichendem familiären Rückhalt, sollen durch die Arbeitsgruppe weiter beobachtet werden.

Das Gremium beschäftigte sich des Weiteren, insbesondere vor dem Hintergrund des terroristischen Angriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem seither grassierenden Antisemitismus auch in Europa, mit Auflagen oder Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus im Kontext des Jugendstrafverfahrens, des Jugendstrafvollzugs, der Jugendhilfe oder der Schule. Das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen hatte hierzu eine schriftliche Stellungnahme zum Umgang der Schulen mit dem Nahost-Konflikt und Fällen von Antisemitismus vorgelegt. In der Arbeitsgruppe bestand Einvernehmen dahingehend, dass die Behandlung des Nahost-Konflikts und seiner historischen Wurzeln in der Schule, trotz umfangreicher Vorgaben und Materialien weiter intensiviert werden sollte,

da die Bildungseinrichtungen regelmäßig der einzige Ort einer rationalen Konfrontation mit den historischen Aspekten des Konflikts und dem Problem offenen oder etwa subtilen israelbezogenen Antisemitismus sein dürften. Das Angebot der Online-Ausstellung „Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht“ (vgl. <https://fritz-bauer-der-staatsanwalt.de/>) wurde in diesem Zusammenhang durch die DVJJ Hessen den (freien) Trägern der Jugendhilfe auch zur Verwendung bei Auflagenprojekten zur Verfügung gestellt.

Der Vertreter des Sozialressorts in der Arbeitsgruppe, Herr Dr. Dobin, referierte zum Thema „geschlossene Einrichtungen der Jugendhilfe“. Bei näherem Hinsehen zeigte sich, dass die praktische Bedeutung der Thematik eher gering ist. In Hessen gibt es in Sannerz eine Einrichtung mit acht Plätzen für 10-14jährige. Aus empirisch-kriminologischer Sicht ergibt sich für diese Einrichtungen ein Bild von Licht und Schatten. Unter dem Blickwinkel der Legalbewährung von Probanden sind die Ergebnisse der Einrichtungen nach den Feststellungen der Arbeitsgruppe eher durchwachsen. Es konnte daher das Fazit gezogen werden, dass derartigen Einrichtungen zwar im Einzelfall eine Berechtigung zukommt, die Erwartung jedoch, in schwierigen Fällen regelhaft „Durchbrüche“ erzielen zu können, sich nicht bestätigen lässt.

Zuletzt beschäftigte sich die Arbeitsgruppe mit Fragen rund um die Nutzung digitaler Medien durch Kinder und Jugendliche. Zum Einstieg in die Thematik stellte der Geschäftsführer des Instituts für Medienpädagogik und Kommunikation Hessen, Herr Peter Holnick, das Projekt Kompetenzmedientraining (KoMeT) vor. Das Projekt soll beschuldigten Jugendlichen, als Diversionauflage gemäß §§ 45, 47 JGG bzw. richterliche Weisung nach § 10 JGG, die Möglichkeit bieten, sich in gruppenpädagogischer Form mit der, im Zusammenhang mit Mediennutzung stehenden, Straftat und ihren Folgen auseinanderzusetzen. Neben der grundsätzlichen Förderung der Medienkompetenz liegt der Fokus der Maßnahme auf dem Normenlernen in der digitalen Gesellschaft. Das Projekt zielt auf interdisziplinäre Zusammenarbeit von Polizei, Jugendhilfe und einem freien Träger für Medienbildung, die über organisatorische Fragen hinausgeht.

Die weitere Beschäftigung mit dem Thema der Digitalisierungsfolgen bei Kindern und Jugendlichen hatte die jüngsten gesetzlichen Reformen bei den hessischen Schulen zum Gegenstand. Hierzu berichteten Vertreterinnen und Vertreter der Kultusverwaltung zu der Verankerung digitaler Kompetenzen im Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule in § 2 Abs. 5 HSchG und der Schaffung von Schutzzonen für Kinder und Jugendliche in Bezug auf die Nutzung digitaler Geräte in § 69 Abs. 7 HSchG (sog. „Smartphone-Verbot“). In der Diskussion ging es insbesondere um Fragen der Sanktionierung von Verstößen gegen das „Smartphone-Verbot“ und flankierende Maßnahmen durch die Kultusverwaltung oder die Schulen, etwa die angemessene Erläuterung der (übergeordneten) bildungspädagogischen Gründe für die Einrichtung der Schutzzonen gegenüber Schülern, Eltern (und Lehrern) oder die notwendige Verdeutlichung absehbarer Bildungsnachteile infolge der Nutzung von KI und digitaler Medien. Die Arbeitsgruppe will sich mit diesem Thema weiter beschäftigen und prüfen, wie sie sich in die Debatte einbringen kann.

○ F. Arbeitsgruppe „GEWALT IM ÖFFENTLICHEN RAUM BEI KINDERN UND JUGENDLICHEN“

Liste der Mitglieder

Vorsitzender:	Dr. Stephan Jeck, <i>Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen</i>
Geschäftsführer:	Markus Wörsdörfer, <i>Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat</i>

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Bischoff, Sandra	<i>Landesmedienanstalt Hessen (bis September 2025)</i>
Denny, Marion	<i>Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT)</i>
Egert, Klaus	<i>Psychologieoberrat im Ruhestand</i>
Eunicke-Morell, Dr. Carola	<i>Psychologieoberrätin im Ruhestand</i>
Gumz, Sarah	<i>Landesmedienanstalt Hessen</i>
Johne, Rainer	<i>Jugend- und Sozialamt Frankfurt, Jugendhilfe im Strafverfahren (im Ruhestand)</i>
Kisfeld, Frank	<i>Polizeipräsidium Frankfurt (bis Mai 2025)</i>
Khosla-Baryalei, Angela	<i>Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen - Projekt „Gewaltprävention und Demokratielernen (GuD)“ (im Ruhestand)</i>
Kuhn, Dr. Gregor	<i>Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen</i>
Kühnlein, Annette	<i>Jugend- und Sozialamt Frankfurt, Jugendhilfe im Strafverfahren</i>

Die Arbeitsgruppe tagte am 14. Februar 2024, am 10. April 2024, am 7. Mai 2024, am 25. Juni 2024, am 12. November 2024, am 14. Januar 2025, am 23. April 2025, am 27. Mai 2025, 5. November (Jurysitzung) und am 5. Dezember 2025 (Preisverleihung).

Die Arbeitsgruppenmitglieder haben nach einem bewährten Konzept einen Schülerwettbewerb für Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10 aller Schulformen entwickelt. Unter dem Titel „Influencerinnen und Influencer für unsere Demokratie gesucht!“ wurden die Schülerinnen und Schüler aufgefordert sich mit dem Thema Demokratie, unseren Werten und deren Bedeutung für ein friedliches und respektvolles Miteinander auseinanderzusetzen.

Die teilnehmenden Gruppen hatten die Aufgabe, einen maximal 90 Sekunden langen Werbeclip zu entwickeln, der die Bedeutung der Demokratie, unserer Grundrechte und eines respektvollen Miteinanders hervorhebt. Dabei sollten die Jugendlichen reflektieren, wie Demokratie im Schulalltag erlebt wird und wie man mit unterschiedlichen Meinungen respektvoll umgeht. Bei der Entwicklung der

Werbeclips sollen sich Projektgruppen einer Klasse – auch mit Unterstützung der Lehrkraft im Rahmen eines Unterrichtsprojekts - mit diesen Fragen beschäftigen:

- Was ist toll an unserer Demokratie und unseren Grundrechten?
- Wie kann ein respektvoller Umgang miteinander gelebt werden?
- Wie geht Ihr in eurem Alltag mit anderen Meinungen um?
- Wie geht Ihr mit antidemokratischen Fake-News und Verschwörungserzählungen um?
- Wie erlebt Ihr Demokratie im Schulalltag?

Bei der Einsendung des Clips sollten auf maximal zwei Seiten die Entstehungsgeschichte dokumentiert werden. Die Mitglieder der interdisziplinär besetzten Arbeitsgruppe des LPR hofften, durch diesen Wettbewerb viele junge Menschen zu motivieren, sich aktiv mit demokratischen Werten auseinanderzusetzen, kreative Ideen zu entwickeln und für unsere demokratische Gesellschaft zu werben. Zentrales Anliegen des Wettbewerbes ist es, die Bedeutung der Demokratie zu vermitteln und sie vor Angriffen zu schützen.

Mit Postkarten und Flyern wurde für den Wettbewerb geworben:

Hessisches Ministerium für Kultus,
Bildung und Chancen
Hessisches Ministerium der Justiz
und für den Rechtsstaat

HESSEN

**Influencerinnen und Influencer für
unsere Demokratie gesucht!**

Ein Wettbewerb für Schülerinnen und Schüler der Klasse 5 bis 10 aller Schulformen

Macht einen Clip für Demokratie!

Ob TikTok-Style, Mini-Doku oder Comedy-Clip – Hauptsache authentisch und maximal 90 Sekunden lang. Bildet in Eurer Klasse eine Projektgruppe und zeigt allen, warum Demokratie und Grundrechte unverzichtbar sind.

So einfach geht's:

1. Projektgruppe bilden (Klasse 5-10, alle Schulformen)
2. Clip drehen (max. 90 Sekunden)
3. Bis 24. Oktober 2025 hochladen
4. Entstehungsgeschichte dazuschreiben (max. 2 Seiten)
5. Preisverleihung am 5. Dezember 2025 in Wiesbaden

Das könnt Ihr für die Schule gewinnen:

1. Platz: **3.000 €** | 2. Platz: **2.000 €** | 3. Platz: **1.000 €**

Plus: Reisekosten zur Preisverleihung werden übernommen

Macht mit!

Fördernde Institutionen:



Titelfoto: © Freepik



Die Resonanz auf den Wettbewerb war groß und hat die Erwartungen der Organisatoren bei weitem übertroffen. An dem Wettbewerb haben sich insgesamt 38 Schulen aus ganz Hessen beteiligt. Bis zum Ablauf der Wettbewerbsfrist am 24. Oktober 2025 wurden 100 Videos und die schriftliche Dokumentation zu deren Entstehung eingereicht.

Am 5. November 2025 wurden die 100 Werbeclips von einer Jury gesichtet und auf der Grundlage eines Kriterienkataloges durch diese bewertet. Ausgewählt wurden schließlich insgesamt 5 Beiträge, wobei der zweite und dritte Preis jeweils zweimal vergeben wurde. Die Sparda-Bank hat dazu das Preisgeld noch einmal erhöht, so dass der zweite und dritte Preis mit jeweils 2.000 Euro und 1.000 Euro prämiert werden konnte. Die Sparda-Bank Hessen eG hat damit auch ein klares Zeichen für demokratische Bildung gesetzt.

Unter den Preisträgern sind alle Klassenstufen sowie Schulformen vertreten, es sind Schulen aus Nordhessen, dem Rhein-Main-Gebiet und der Wetterau vertreten. Preisträger sind:

1. Platz (3.000 Euro Preisgeld)

Anne-Frank-Schule
Fritz-Tarnow-Str. 29
60320 Frankfurt am Main
Klassen 8a, 8b und 8c



2. Platz (2.000 Euro Preisgeld)

Carl-Bantzer Schule Ziegenhain
Fünftenweg 30
34613 Schwalmstadt Ziegenhain
Klasse 7G



2. Platz (2.000 Euro Preisgeld)

Hammerwaldschule Nidda
Am Heiligen Kreuz 34
63667 Nidda
Klasse H4



3. Platz (1.000 Euro Preisgeld)

Friedrich-Ebert-Schule
Heinestr. 51
63165 Mühlheim am Main
Klasse 10cR



3. Platz (1.000 Euro Preisgeld)

Weibelfeldschule Dreieich
Am Trauben 17
63303 Dreieich
I kB Klasse



Mit einer feierlichen Preisverleihung im Historischen Saal des Hessischen Justizministeriums fand der hessenweite Schülerwettbewerb „Influencerinnen und Influencer für unsere Demokratie gesucht!“ seinen Höhepunkt und zugleich seinen Abschluss. Musikalisch unterstützt wurde die Veranstaltung durch die Gesangsgruppe Frauenzimmer, einem innovativen Oberstufenschülerinnenchor der Diltheyschule Wiesbaden unter der Leitung von Tilman Jerrentrup.

Die große Resonanz unterstreicht die Aktualität des Themas: 38 Schulen aus ganz Hessen beteiligten sich am Wettbewerb und reichten rund 100 kreative und engagierte Clips ein. Der durch die Arbeitsgruppe des Landespräventionsrates initiierte Wettbewerb hat damit eindrucksvoll gezeigt, wie reflektiert, kreativ und engagiert sich junge Menschen mit demokratischen Werten auseinandersetzen – und dass die gesuchten Influencerinnen und Influencer für unsere Demokratie längst da sind.

Im Mittelpunkt des Wettbewerbs und der Preisverleihung standen die Schülerinnen und Schüler selbst. Sie haben sich intensiv mit demokratischen Werten auseinandergesetzt, Haltung gezeigt und großartige Filme produziert. In diesem Sinne sind alle Teilnehmenden Gewinnerinnen und Gewinner – auch jene, die an der Preisverleihung in Wiesbaden nicht persönlich teilnehmen konnten. Denn Demokratie lebt von Menschen, die sich für sie einsetzen. Von jungen Menschen, die Demokratie nicht nur verstehen – sondern sie aktiv gestalten.

G. Arbeitsgruppe „KINDERSCHUTZ“

Liste der Mitglieder

Vorsitzende	Prof. Dr. Marco Baz Bartels, <i>Universitätsklinikum Frankfurt am Main</i>
Geschäftsführerin	Julia Schäfer, <i>Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat</i>

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Bartels, Dr. med. Baz	<i>Universitätsklinikum Frankfurt am Main</i>
Birnthaler, Julia	<i>Wildwasser Gießen e.V.</i>
Fendler, Heidi	<i>Amtsgericht Frankfurt am Main</i>
Fettig, Inge	<i>Staatliches Schulamt</i>
Junker, Tatjana	<i>Sozialdienst katholischer Frauen</i>
Kirchoff-Szabo, Alexandra	<i>Hessisches Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege</i>
Dr. Kuhn, Gregor	<i>Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen</i>
Kuhnert, Kai	<i>Jugendamt Landkreis Bergstraße</i>
Manthey, Iris	<i>Jugendamt Landkreis Gießen</i>
Prof. Dr. Nordstern, Maud Amal	<i>Frankfurt University of Applied Sciences</i>
Reichmann, Diana	<i>Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main</i>
Prof. Dr. Salgo, Ludwig	<i>Universität Frankfurt am Main</i>
Warnat, Claudia	<i>Kreisausschuss des Landkreises Gießen</i>

Nachdem die Expertinnen und Experten der Arbeitsgruppe die Einrichtung des Childhood-Hauses am Universitätsklinikum Frankfurt am Main begleitet haben, nehmen sie die steigenden Fallzahlen des Transdisziplinären Kinderschutzzentrums bestehend aus Childhood-Haus und Kinderschutzambulanz zur Kenntnis. Im Jahr 2024 wurden dort ca. 850 Kinder betreut.

Die Arbeitsgruppe stellt fest, dass insbesondere die Transdisziplinarität, die für einen gelingenden Kinderschutz erforderlich ist, eine dauernde Herausforderung ist. Insbesondere vor diesem Hintergrund ist – wie bereits in der Vergangenheit – der Bereich der Lehre und Qualifikation der verschiedenen Professionen der Arbeitsgruppe ein besonderes Anliegen. Auch hierbei ist die Komplexität und Transdisziplinarität eines umfassenden Kinderschutzes zu beachten, da entsprechend viele und verschiedene Berufsgruppen mit unterschiedlichen Zielrichtungen angesprochen und erreicht werden müssen.

Insofern begrüßt die Arbeitsgruppe bereits bestehende Angebote wie der durch das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen (HKM) entwickelte Modulkurs „Kinderschutz“ der Lehrkräfteakademie oder den Masterstudiengang „Kinderschutz“ der Frankfurt University of Applied Sciences.

Insbesondere mit der Umsetzung der verpflichtenden Etablierung von Kinderschutzkonzepten an Schulen durch das HKM, zu der u. a. eine umfangreiche Handreichung erstellt wurde, möchte sich die Arbeitsgruppe noch konkreter auseinandersetzen, um mögliche Anwendungsübertragungen auf andere Bereiche zu identifizieren.

Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Herausforderungen sowie der zugleich wahrnehmbar zunehmenden politischen Initiativen im Bereich des Schutzes von Kindern und Jugendlichen spricht die Arbeitsgruppe für ihren Bereich von einer „Zeit der Chancen“.

○ H. Arbeitsgruppe „SPORT UND PRÄVENTION“

Liste der Mitglieder

Vorsitzender:	Konstantinos Passialis, <i>Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Offenbach</i>
Geschäftsführer:	Markus Wörsdörfer, <i>Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat</i>

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Behrendt, Maxi	<i>Landessportbund Hessen</i>
Engelhard, Luis	<i>Bildungsreferent im Projekt Zusammen1 von Makkabi Deutschland e.V.</i>
Freitag, Meike	<i>Hessisches Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege</i>
Möller, Mario	<i>Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt</i>
Tolksdorf, Klaus Jürgen	<i>Landessportbund Hessen (bis August 2025)</i>
Yildiz, Fikret	<i>Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt/M.</i>
Wyschka, Karin	<i>Stadt Darmstadt, Koordination Sucht- und Drogenhilfe (bis Oktober 2024)</i>

Die Arbeitsgruppe tagte am 27. Februar 2024, am 4. November 2024, am 20. Januar 2025, am 7. Mai 2025 und am 3. September 2025.

Die Arbeitsgruppe „Sport und Prävention“ besteht aus einem Kreis von Expertinnen und Experten aus Kommunal- und Landesverwaltung und dem Landessportbund Hessen. Sie versteht sich als interdisziplinäres Fachgremium mit dem Ziel, die präventiven Potenziale des Sports systematisch zu stärken und kriminalpräventive Ansätze nachhaltig in sportliche Strukturen zu integrieren. Dabei ist Sport als eine besonders wirksame Methode der Gewaltprävention hervorragend geeignet, Werte wie Fairness, Respekt, Regelakzeptanz, Teamfähigkeit und Verantwortungsübernahme zu vermitteln.

Ein zentrales Anliegen der Arbeitsgruppe war im Berichtszeitraum die stärkere Verzahnung von Sport und Justiz. Dabei wurden konzeptionelle Überlegungen zur Entwicklung kriminalpräventiver Projekte im justitiellen Kontext angestoßen. Angesichts der in den vergangenen Jahren registrierten gewaltsamen Vorfällen im Jugendfußball und der Gewalt gegen Schiedsrichter durch Spieler und Zuschauer sowie zuletzt Gewalthandlungen gegen Mitglieder jüdischer Sportvereine, wurden bereits kriminalpräventive Einzelmaßnahmen in Anbindung an den Landespräventionsrat initiiert. In diesem Zusammenhang sind die folgenden Veranstaltungen und Initiativen, die durch den Vorsitz und die Geschäftsführung begleitet wurden besonders zu erwähnen:

Eröffnung des Germany Cups am 17. Mai 2024

Die Arbeitsgruppe Sport und Prävention des Landespräventionsrats hat bei der Eröffnung des Germany Cups am 17. Mai 2024 auf der Sportanlage der SG Ober-Erlenbach mit dem Präventionsbotschafter Sebastian Rode ein deutliches Zeichen für Fairplay gesetzt. Auch am Vorabend seines letzten Bundesligaspiels hat sich der Präventionsbotschafter und Eintracht Kapitän Sebastian Rode Zeit genommen, um bei der Eröffnung des Germany Cups am 17. Mai 2024 auf der Sportanlage der SG Ober-Erlenbach mit seiner Anwesenheit für die Kriminalprävention zu werben. Angesichts des tragischen Vorfalls im Jahr 2023, bei dem während des Turniers ein Berliner Jugendfußballer an den Folgen eines Schlages gegen den Kopf starb, machte Rode deutlich: „Hass und Gewalt haben im Fußball keinen Platz“. Der Präventionsbotschafter machte auch deutlich, dass alle Erwachsenen im Sportbereich eine Vorbildfunktion haben – man müsse sich bewusst sein, dass Jugendliche sich abschauen, wie wir uns verhalten



Helmut-Fünfsinn-Gedächtnis-Turnier

Am 23. Januar 2025 wurde in der Jugendvollzugsanstalt (JVA) Rockenberg das mittlerweile dritte Prof. Dr. Helmut-Fünfsinn-Gedächtnisturnier ausgetragen. Dieses Turnier steht ganz im Zeichen von Sport, Prävention und Resozialisierung. Organisiert wurde das Turnier von der JVA, mit Unterstützung durch den Landespräventionsrat. Bei dem Turnier 2023 war erneut eine Jugendmannschaft des TuS Makkabi Frankfurt dabei. Der Verein versteht sich zwar explizit als „jüdischer Turn- und Sportverein“, setzt sich indes aber aus Mitgliedern unterschiedlichster kultureller und religiöser Hintergründe zusammen. Mit der Teilnahme der jüdischen Fußballmannschaft wurde dem Turnier eine weitere Facette hinzugefügt und im Namen der Kriminalprävention ein klares Zeichen gegen den wachsenden Antisemitismus in unserer Gesellschaft gesetzt.



Präventionsprojekt in der JVA Wiesbaden und Rockenberg

Am 3. April 2025 wurde auf Anregung der Arbeitsgruppe ein gemeinsames Präventionsprojekt des hessischen Jugendstrafvollzugs und der Initiative Zusammen1 gestartet. Zusammen1 ist ein Präventionsprojekt von MAKKABI Deutschland und bekämpft mit umfassenden Maßnahmen Antisemitismus im Sport und bietet gezielte Schulungen, Bildungsangebote sowie Präventionsprojekte an. In den Justizvollzugsanstalten Wiesbaden und Rockenberg wurden Maßnahmen umgesetzt, die durch Zusammen1 entwickelt und in enger Abstimmung mit den Vollzugspraktikerinnen und -praktikern konzipiert wurden. Ziel ist es, junge Inhaftierte für Themen wie Antisemitismus, Diskriminierung und Gewalt zu sensibilisieren und über den Sport einen Zugang zu demokratischen Werten zu schaffen.

Kooperationsvereinbarung im Fußball

Am 7. April 2025 wurde in Wiesbaden eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main und dem Hessischen Fußball-Verband e.V. vorgestellt. Diese Initiative, unter Schirmherrschaft von Justizminister Christian Heinz, zielt auf die Prävention von Vorfällen wie Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Gewalt im Fußball ab. Künftig werden Fälle, die in die Zuständigkeit des HFV-Sportgerichts fallen, im Rahmen eines abgestimmten Meldeverfahrens an die Staatsanwaltschaft gemeldet. Der Koordinator der Generalstaatsanwaltschaft steht dem HFV als zentraler Ansprechpartner zur Verfügung. Damit wird die Zusammenarbeit zwischen Sportgerichtsbarkeit und Strafverfolgungsbehörden strukturell gestärkt.

Erfahrungsaustausch mit TuS Makkabi Frankfurt e.V.

Am 21. Februar 2025 fand ein Erfahrungsaustausch zu Antisemitismus im Sport im historischen Fritz-Bauer-Saal des Landgerichts Frankfurt/M. statt. Dieser wurde vom Landespräventionsrat Hessen und dem TuS Makkabi Frankfurt e.V., unter Beteiligung der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main, organisiert. Ziel des Erfahrungsaustauschs war es, dem jüdischen Sportverein eine Möglichkeit zu geben, über seine Erfahrungen mit antisemitischen Vorfällen zu berichten und gemeinsam an Strategien zur Bekämpfung des Antisemitismus zu arbeiten. Darüber hinaus erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Input von der Generalstaatsanwaltschaft über die rechtlichen Rahmenbedingungen sowie Möglichkeiten und Grenzen strafrechtlicher Ermittlungen gegen Antisemitismus. Der Erfahrungsaustausch wurde am 26. November 2025 fortgesetzt – an diesem Tag stand das Thema „Hass und Antisemitismus im Netz – Herausforderungen und Handlungsansätze“ im Fokus.



○ I. Arbeitsgruppe „SUCHTPRÄVENTION“

Liste der Mitglieder

Vorsitzender:	Wolfgang Rosengarten Dr. Leo Teuter (bis 30. Juni 2025)
Geschäftsführer:	Dr. Philipp Georgy <i>Hessisches Ministerium für Justiz und für den Rechtsstaat</i>

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder:

Becker, Dr. Philipp	<i>Amtsgericht Frankfurt am Main</i>
Brand, Linda	<i>Hessisches Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege</i>
Diebel, Dr. Justine	<i>Vereinigung Hessischer Strafverteidiger e.V.</i>
Eigenbrod, Swen	<i>Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz</i>
Fabricius, Jochen	<i>Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main</i>
Klose, Simone	<i>Hessisches Landeskriminalamt</i>
Kuhn, Dr. Gregor	<i>Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen</i>
Loukas, Konstantin	<i>Jugendberatung und Jugendhilfe e.V. Frankfurt am Main</i>
Paul, Dietmar	<i>Bürgerhospital Frankfurt am Main</i>
Schmitt, Susanne	<i>Hessische Landesstelle für Suchtfragen e.V.</i>
Stöver, Prof. Dr. Heino	<i>Frankfurt University of Applied Science</i>
Werse, Dr. Bernd	<i>Frankfurt University of Applied Science</i>

Die Arbeitsgruppe tagte am 5.2.2024, 6.5.2024, 2.9.2024, 20.1.2025, 30.6.2025, 20.10.2025

Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit dem strafprozessualen Einsatz von Vertrauenspersonen in stationären Therapieeinrichtungen. In der Diskussion wurde das Interesse der Therapieeinrichtungen betont, Betäubungsmittelgeschäfte in den Einrichtungen möglichst weitgehend zu unterbinden und entsprechende Personen, die an solchen Geschäften interessiert sind, aus den Einrichtungen zu entfernen. Die Arbeitsgruppe zog das Fazit, dass ein gezielter Einsatz von Vertrauenspersonen in Therapieeinrichtungen grundsätzlich nicht wünschenswert sei, für die Arbeitsgruppe jedoch kein akuter Handlungsbedarf bestehe.

Im Blick auf das mit Wirkung vom 1. April 2024 in Kraft getretene Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften (Cannabisesetz) nahm die Arbeitsgruppe mögliche Aufgabenstellungen bei der Umsetzung des Gesetzes in den Blick, etwa hinsichtlich des gesetzlich geregelten Auftrags der Suchtprävention. Insoweit war sich die Arbeitsgruppe darin einig, dass

vorhandene Suchtpräventionsmaßnahmen anlässlich des Inkrafttretens des Cannabisgesetzes gefördert und gestärkt werden sollten. Herausforderungen von einiger Erheblichkeit, gerade mit Blick auf die Verfolgung von Kriminalität im Zusammenhang mit „Endkonsumenten“, wurden nicht gesehen. Da hinsichtlich der Umsetzung des Gesetzes administrative Themen, gerade in Bezug auf die Tätigkeit der Anbauvereinigungen, im Vordergrund stehen, konnte ein Handlungsbedarf für die Arbeitsgruppe nicht festgestellt werden.

In den Sitzungen rund ein Jahr später, also im Sommer und Herbst 2025, hat die Arbeitsgruppe die Auswirkungen des Cannabisgesetzes erneut thematisiert, nachdem erste empirische Daten vorlagen. Dabei stellte die Arbeitsgruppe fest, dass die veröffentlichten Ergebnisse der Zwischenevaluation nicht auf signifikante Veränderungen hindeuten, sondern allenfalls den Trend eines leichten Rückgangs des Konsums von Cannabis bei Jugendlichen und eine leichte Zunahme des Cannabiskonsums bei Erwachsenen bestätigen. Auch seien bislang keine drastischen Veränderungen in der Entwicklung von Suchterkrankungen oder der Gefährdung der Verkehrssicherheit festzustellen. Diese Tendenz konnte durch die Ergebnisse der MoSyD-Schulbefragung und die Entwicklung der Anzahl von Beratungsfällen grundsätzlich bestätigt werden. Bezüglich der empirischen Forschungsergebnisse bestand Einigkeit, dass sich aus den bisherigen Ergebnissen, wie durch die Forschungsinstitute betont, noch keine abschließenden Aussagen zur Wirkungsweise des Gesetzes ableiten ließen, weil der Untersuchungszeitraum zu kurz war.

Die Arbeitsgruppe erörterte Anfang 2025 die aktuelle Situation zum Thema „Fentanyl“. Anlass gesehen wurde weder für „Alarmismus“ noch für „Entwarnung“. Die Diskussion ergab, dass illegal produziertes Fentanyl in der Bundesrepublik, anders als in den USA, derzeit keine nennenswerte Rolle spiele. Für die ambulanten Beratungsstellen wurde von einem niedrigen Niveau an Sachverhalten berichtet. Diese Einschätzung sei auch durch die sog. „Sterbefallliste“, die Zahlen der PKS und die Praxis der Suchtambulanz in Frankfurt bestätigt. Aufgrund dieser einheitlichen Einschätzung wurde festgestellt, dass aktuell kein Handlungsbedarf für die Arbeitsgruppe bestehe. Die weitere Entwicklung sei indes nur schwer abzuschätzen, so dass diese weiter beobachtet werden soll.

Gegenstand der Erörterung war zudem die Frage der Schaffung einer Rechtsverordnung des Landes Hessen zum Thema Drug-Checking gemäß § 10b Abs. 2 Satz 1 BtMG. Die Arbeitsgruppe signalisierte gegenüber den zuständigen Vertretern der Landesressorts, dass sie sich gerne zu inhaltlichen Fragen der Rechtssetzung einbringe.

Zur Perspektive der Drogenpolitik im Frankfurter Bahnhofsviertel wurden auch die Erfahrungen der Drogenhilfe in Zürich in die Diskussion eingebracht. In Bezug auf die Frankfurter Pläne für ein Suchthilfezentrum wurde die Frage diskutiert, warum sich die Diskussion maßgeblich auf die Frage des „Adressatenkreises“ (nur „Frankfurter“ oder auch „Auswärtige“) kapriziere. Aus suchtfachlicher Sicht, favorisiert die Arbeitsgruppe die Fortführung der bewährten Praxis, auch stadtfremden suchtkranken Menschen Zugang zum Frankfurter Hilfesystem zu gewähren. Dabei kann geprüft werden, inwieweit eine Rückkehr in das jeweilige Herkunftsumfeld sinnvoll ist. Einmütig unterstreicht die Arbeitsgruppe, dass die Inanspruchnahme Frankfurter Kapazitäten die Umlandkommunen nicht aus der Verantwortung entlässt, ihrer Pflicht zur Daseinsvorsorge durch den Aufbau eigener Hilfsangebote nachzukommen. Auf der Grundlage der Beratungen wurde unter dem 2. Juli 2025 ein mehrheitlich abgestimmtes Schreiben der Arbeitsgruppe an Herrn Oberbürgermeister Josef übermittelt, das sich aus suchtfachlicher Sicht für einen pragmatischen Umgang mit dem Thema der Nutzung des Zentrums durch „Auswärtige“ und für eine solche Einrichtung zur Entspannung der Situation im Frankfurter Bahnhofsviertel aussprach.

○ J. Arbeitsgruppe „EHRGEWALT – PRÄVENTION VON GEWALT IN PATRIARCHALISCHEN STRUKTUREN“

Liste der Mitglieder

Vorsitzende:

Prof. Dr. Sarah Elsuni,
Frankfurt University of Applied Sciences

Prof. Dr. Kathrin Schrader,
Frankfurt University of Applied Sciences

Geschäftsführung:

Markus Wörsdörfer,
Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Altuntas, Nurgül	<i>Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen</i>
Cin, Zafer	<i>HeRoes-Projekt, DRK Offenbach</i>
Dimter, Lena (Frau Alisa Block)	<i>ZORA Wiesbaden</i>
Dede, Döndü	<i>Hessisches Landeskriminalamt</i>
Gage-Lindner, Nancy	<i>Hessisches Ministerium für Soziales und Integration</i>
Haqani, Hanifa	<i>Rumi imPuls e.V.</i>
Lusar, Marion	<i>FeM – Feministische Mädchenarbeit e.V.</i>
Melcher, Marc	<i>Paritätisches Bildungswerk, Fachstelle für Jungenarbeit in Hessen Bundesverband e.V.</i>
Nickel, Katharina	<i>Frauennotruf Marburg e.V. (Vertreterin der mittelhessischen Initiative Nein zu drohender Zwangsheirat und Genitalbeschneidung)</i>
Niesner, Elvira	<i>Schwerpunkträger FIM, Frankfurt (Vertreterin des 2 Regionen Modells)</i>
Mölleney, Stefan	<i>Magistrat der Stadt Fulda, Amt für Jugend, Familie und Senioren</i>
Jetty Sabandar	<i>Stellvertr. agah-Vorsitzende, agah-Geschäftsstelle</i>
Schmidt, Konstanze	<i>Zentrale Geschäftsstelle, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport</i>
Stibane, Friedrike	<i>Beauftragte für Frauen und Gleichberechtigung der Stadt Gießen</i>

Die Arbeitsgruppe tagte am 7. Februar 2024 und am 22. April 2024.

Die Arbeitsgruppe „Ehrgewalt – Prävention von Gewalt in patriarchalischen Strukturen“ hat nach dem Ausscheiden ihrer beiden Vorsitzenden Frau Prof. Schröter und Frau Bertelsmeier im Januar 2023 mit Frau Prof. Dr. Kathrin Schrader und Frau Prof. Sarah Elsuni eine neue Doppelspitze im Vorsitz gefunden und ihre Arbeit wieder aufgenommen. Beide lehren an Frankfurt University of Applied Sciences. Prof. Dr. Kathrin Schrader beschäftigt sich im Schwerpunkt mit „Menschen in prekären Lebenslagen in der Sozialen Arbeit“ und Frau Prof. Dr. Sarah Elsuni mit dem Schwerpunkt „Recht der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt Recht der Frau“.

Der Arbeitsgruppe gelang es in der Folge nicht mehr ein gemeinsames Themenfeld zu formulieren, an dem alle Arbeitsgruppenmitglieder arbeiten konnten. Nach dem Wechsel im Vorsitz der Arbeitsgruppe haben sich die Themenschwerpunkte in der Diskussion um das Thema Ehrgewalt verändert und es kam zu einer Neuausrichtung. Das Gewaltphänomen wurde neu eingeordnet und als eine Form der geschlechtsspezifischen Gewalt mit dem Blick auf neue vulnerable Opfergruppen erweitert. Viele Arbeitsgruppenmitglieder haben zurückgemeldet, dass diese Neuausrichtung und die Akzentverschiebung für sie eine weitere Mitarbeit in der Arbeitsgruppe verhindere. Vor diesem Hintergrund haben die Vorsitzende des Landespräventionsrates Frau Kreis und ihre Stellvertreterin Frau Prof. Bannenberg beschlossen, die Arbeitsgruppe aufzulösen. Auch nach der Auflösung der Arbeitsgruppe wird das Thema „Ehrgewalt“ weiterhin Gegenstand der Kriminalprävention sein. Gewalt im Namen der „Ehre“ wird insbesondere durch das Hessische Sozialministerium geförderte 2RegionenNetzwerk in strukturierter Form aufgegriffen und bearbeitet. In diesem Modell sind Fachstellen aus ganz Hessen zusammengeschlossen und kooperieren in den Bereichen Intervention, Prävention, Öffentlichkeit- und Bildungsarbeit und Vernetzung. Durch die Auflösung der Arbeitsgruppe des Landespräventionsrates konnten Parallelstrukturen verhindert und die vorhandenen Ressourcen für die Arbeit des 2RegionenNetzwerk optimal mobilisiert werden.

Impressum

Herausgeber:

Landespräventionsrat

www.landespraeventionsrat.hessen.de

Verantwortlich für den Inhalt:

Markus Wörsdörfer, Geschäftsführer der
Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der
Hessischen Landesregierung
(Landespräventionsrat)

Erarbeitung und Texte:

Markus Wörsdörfer, Geschäftsführer der
Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der
Hessischen Landesregierung
(Landespräventionsrat)

Arbeitsgruppen des Landespräventionsrats

Gestaltung und Fotos:

Melanie Jäger

Druck:

Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat

Stand:

März 2026